

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT  
DER NEUEN EU-MITGLIEDSTAATEN:  
MITTEL- UND OSTEUROPA



**Herausgeber**

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
10907 Berlin

**Redaktion**

Andrea Kolb  
Andrea Müller

**[www.kas.de](http://www.kas.de)**

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.*

© 2008 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Umschlagfotos: stockbyte

Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Printed in Germany.

## INHALT

7	VORWORT	
11	GESAMTÜBERSICHT	
13	DIE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT DER NEUEN EU-MITGLIEDSTAATEN	
15	BALTIKUM	
	1. Estland.....	15
	2. Lettland.....	17
	3. Litauen.....	18
21	BULGARIEN	
24	POLEN	
29	RUMÄNIEN	
31	SLOWAKEI	
34	SLOWENIEN	
37	TSCHECHISCHE REPUBLIK	
41	UNGARN	
45	ANNEX	
	1. KAS-Auslandsbüros in den neuen EU-Mitgliedstaaten.....	45
	2. Fragebogen.....	47

## VORWORT

Die Europäische Union (EU) ist heute der weltweit größte Geber im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). 2005 haben sich die EU-Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission auf eine gemeinsame Vision der EZ verständigt („Europäischer Konsens“). Die hier vereinbarten Grundsätze und Ziele bilden den Rahmen für die europäische Unterstützung der Entwicklungs- und Transformationsländer bei der Umsetzung ihrer nationalen Armutsbekämpfungsstrategien, bei der Förderung des Zugangs zur Grundschulbildung, beim Aufbau von Gesundheitssystemen, bei der Trinkwasserversorgung, sowie für Programme zur Unterstützung von Demokratisierungsprozessen, guter Regierungsführung und zur Kapazitätenentwicklung (*capacity building*).

Die internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Monterrey 2002 und die Pariser Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit von 2005 sind weitere Meilensteine der internationalen Bemühungen zur finanziellen Erhöhung der Hilfe, zu mehr Wirksamkeit und Kohärenz der Entwicklungszusammenarbeit.

Mit dem „Europäischen Konsens“ hat sich die EU verpflichtet, die für die EZ bereitgestellten Mittel bis zum Jahr 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen. Bis zum Jahr 2010 strebt sie eine Anhebung auf 0,56 Prozent des BNE als Zwischenziel an. Für die neuen Mitgliedsländer wurden 0,17 Prozent als Zwischenziel und 0,33 Prozent als Ziel für das Jahr 2015 vereinbart<sup>1</sup>.

Die Hilfszahlungen der EU mit ihren heute 27 Mitgliedstaaten<sup>2</sup> sind im Jahr 2007 leicht zurückgegangen. Während 2006 noch 47.676 Millionen Euro gezahlt wurden und die ODA-Quote 0,41 Prozent betrug, wurden im Jahr 2007 nur noch 46.087 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und die ODA-Quote lag bei 0,38 Prozent<sup>3</sup>. Die größten Zuwendungsgeber sind heute Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Der Beitrag der neuen Mitgliedsländer ist in absoluten Zahlen bisher noch gering. Malta zahlte 2007 beispielsweise acht Millionen Euro, während Deutschland im selben Jahr 8.961 Millionen Euro zur Verfügung stellte.

An der 2005 verabschiedeten Pariser Erklärung waren die seit 2004 der EU beigetretenen 14 Staaten noch nicht vollständig involviert. Die meisten der neuen EU-Mitglieder müssen ihre EZ erst aufbauen. Viele können aber bereits heute einen Beitrag auf der Grundlage ihrer eigenen Transformationserfahrung und als Empfänger von EZ-Mitteln leisten. Alle neuen EU-Mitglieder haben den Europäischen Konsens von 2005 unterstützt und vier von ihnen haben die Pariser Erklärung unterzeichnet.<sup>4</sup>

1973 traten der Europäischen Gemeinschaft in der ersten Norderweiterung das Vereinigte Königreich, Irland und Dänemark bei. In den 1980er Jahren wurden Griechenland (1981), Portugal und Spanien (beide 1986) aufgenommen. Mit der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 vergrößerte sich die Zahl der Bürger innerhalb der EU um rund 16 Millionen. Schweden, Finnland und Österreich wurden 1995 in die EU aufgenommen.

Mit der so genannten Osterweiterung traten am 1. Mai 2004 zehn Staaten der EU bei. Darunter waren acht Staaten aus dem ehemaligen Ostblock (Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, Slowenien, Slowakei und Ungarn) sowie Malta und Zypern. Am 1. Januar 2007 wurden als 26. und 27. Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien aufgenommen. Durch diese Erweiterung ist die Bevölkerung in der EU auf fast eine halbe Milliarde Menschen angewachsen.

Welchen Beitrag leisten die neuen EU-Mitglieder zur weltweiten EZ? Inzwischen haben fast alle neuen EU-Mitglieder eigene entwicklungspolitische Konzeptionen. Alle EU-Beitrittsländer haben in ihren Außenministerien eigene Abteilungen für EZ, alle Beitrittsländer leisten staatliche finanzielle, technische und personelle Zusammenarbeit (ODA). Einige Länder verfügen über eigene Durchführungsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen (NRO), die sich der EZ widmen.

Die regionalen Prioritäten für die EZ der seit 2004 beigetretenen EU-Staaten liegen im Kaukasus, Zentralasien und Südost-Europa. Zunehmend wird aber auch mit ausgewählten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zusammengearbeitet (wie z. B. Polen, die Slowakei, die Tschechische Republik und Ungarn). Die thematischen Prioritäten konzentrieren sich in erster Linie auf Armutsreduzierung und Begleitung des Transformationsprozesses. Die neuen EU-Mitgliedsländer bringen oft ihre eigenen Transformationserfahrungen ein und vermitteln diese an ihre Kooperationspartner.

Polen hat bereits 2003 eine eigene umfangreiche entwicklungspolitische Konzeption vorgelegt. Die Tschechische Republik verfügt seit 2002 über ein Konzept für ihre Entwicklungszusammenarbeit 2002-2007. Die Slowakei hat 2003 eine sehr detaillierte Strategie für die staatliche oder öffentliche EZ für den Zeitraum 2003 bis 2008 und 2004 hat Ungarn eine mittelfristige Strategie für die ungarische Entwicklungspolitik für die Jahre 2004-2006 verabschiedet. Estland hat 2003 sowohl eine von der Regierung als auch vom Parlament gebilligte eigene Konzeption für Entwicklungspolitik vorgelegt. 2003 wurden ebenfalls die lettische und die litauische Entwicklungskonzeptionen verabschiedet. Auch Slowenien, Malta und Zypern engagieren sich in der EZ.

Das Sektorprojekt „Demokratie und Entwicklung“ der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) legt hiermit eine aktuelle Bestandaufnahme der EZ der neuen EU-Mitgliedstaaten vor, in denen die KAS mit Länderbüros vertreten ist. Die vorliegenden Länderergebnisse beruhen auf Recherchen der KAS-Auslandsmitarbeiter vor Ort.

Diese Erfassung soll eine Grundlage bilden für den entwicklungspolitischen Dialog mit den neuen EU-Mitgliedsländern und für mögliche Unterstützung bei der Umsetzung bzw. Konzeption der EZ-Strategien der neuen EU-Mitgliedsländer.

Dr. Gerhard Wahlers  
Stellvertretender Generalsekretär  
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

- 1| *Quelle: Sabine Weyand in „Basic Orientation and Overall Objectives of European Development Cooperation, Volume 1“, Konrad-Adenauer-Stiftung, Brüssel 2005*
- 2| *Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Republik Zypern*
- 3| *Quelle: OECD/DAC*
- 4| *Quelle: COM(2008) 177 final “Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions“, Brüssel 2008*

## GESAMTÜBERSICHT

Land und EU-Beitritt	Regionale Schwerpunkte	Thematische Schwerpunkte	ODA-Beitrag 2007 in Millionen Euro (und Prozent des BNE) <sup>1</sup>
<b>Estland</b> 2004	Georgien, Moldau, Ukraine und Afghanistan	Bildung, Umwelt, Demokratieförderung (z.B. Reform der Staatsstrukturen, Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Medien, Entwicklung der Informationsgesellschaft), Unterstützung der Wirtschaftsentwicklung	17 (0,12)
<b>Lettland</b> 2004	Georgien, Moldova, Ukraine und für einige Projekte Weißrussland. Einzelne Projekte für Kasachstan, Kirgistan und Afghanistan vorgesehen.	Regionale Entwicklung, Förderung der Judikative und Legislative, der staatlichen und kommunalen Verwaltung, gesellschaftlicher Integration, Weiterentwicklung der Unternehmenstätigkeit und des Bildungswesens, Naturschutz	12 (0,06)
<b>Litauen</b> 2004	Belarus, Moldau, Ukraine, Georgien, Aserbaidschan, Armenien, Afghanistan; künftig: Irak (Ausbildung Polizeibeamten und Ausbau Rechtsschutzsystem), Libanon (medizinische Behandlung).	Aufbau und Förderung der Demokratie, Förderung der verantwortlichen Regierungsführung, Menschenrechte, Wirtschaftliche Entwicklung, Europäische Integration, Korruptionsbekämpfung	30 (0,11)
<b>Bulgarien</b> 2007	Keine Angaben	Bildung und Schulung von Kadern; Aufbau und Aufrechterhaltung von Infrastrukturen, Produktion von Elektrizität, Wasserversorgung, Bauwesen; Reformen in der Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung, Sozialwesen und Gesundheitswesen; Kulturelle Vielfalt und Toleranz; Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung; Sicherheit.	16 (0,06)
<b>Polen</b> 2004	Belarus, Ukraine, Moldawien, Georgien; Afghanistan, Irak, Angola, Palästinensische Autonomiegebiete, Vietnam; Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan; Bilaterale Projekte: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Mazedonien und Serbien. Fonds Kleiner Zuschüsse: afrikanische Länder, Kambodscha		260 (0,09)

Land und EU-Beitritt	Regionale Schwerpunkte	Thematische Schwerpunkte	ODA-Beitrag 2007 in Millionen Euro (und Prozent des BNE)
<b>Rumänien</b> 2007	Osteuropäische Staaten, westlicher Balkan, Südkaukasus	Armutsreduzierung. Interventionsbereiche Wirtschaft, Soziales, Umwelt, Gute Regierungsführung und Sicherheit	80 (0,07)
<b>Slowakei</b> 2004	Serbien und Montenegro; vereinzelt in Afghanistan, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kasachstan, Kenia, Kirgisien, Mazedonien, Mongolei, Mozambique, Sudan, Tadschikistan, Usbekistan und Kambodscha	Aufbau demokratischer Institutionen und marktwirtschaftlichen Umfeldes, Infrastruktur (inklusive sozialer), Landschaftsgestaltung, Umweltschutz, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Rohstoffnutzung.	49 (0,09)
<b>Slowenien</b> 2004	Westlicher Balkan und Osteuropa	Psychosoziale Hilfe für Kinder, Opfer bewaffneter Konflikte, Entminung und Hilfe für Minenopfer, Reformen öffentlicher Finanzen und Annäherung an den Prozess der europäischen Integration	40 (0,12)
<b>Tschechische Republik</b> 2004	Jugoslawien (mit Kosovo), Usbekistan, Ukraine, Kasachstan, Libanon, Palästina, Jemen, Vietnam, Mongolei, Afghanistan, Namibia, Angola, Mali, Burkina Faso, Äthiopien, Nicaragua, El Salvador, Bolivien	Verringerung von Armut und Hunger in unterentwickelten Regionen, keine genaue Festlegung auf Themen, sondern auf Regionen	131 (0,11)
<b>Ungarn</b> 2004	West-Balkan (Serbien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina und Mazedonien), und Ost-Europa (Moldawien, Ukraine); Asien (Vietnam, Afghanistan, Irak, Mongolei, Kirgisien und die Palästinensische Autonomiebehörde). Zukünftig auch Afrika und Asien (Äthiopien, Jemen, Kambodscha, Laos) Zugleich ist für 2008 vorgesehen, die Anzahl der Partnerländer einzuschränken.	Politische „sharing experience“, ökonomische und soziale Transformation, Wissens-Transfer, „knowledge-based assistance“, Bildungs- und Fachtrainings, Ökologische Landwirtschafts- und Lebensmittelproduktion, Gesundheits-Dienst, Umweltschutz, Wasser-Management, Ressourcen-Entwicklung und Infrastrukturentwicklung	66 (0,07)
<b>Malta</b> 2004	Kein AM vor Ort		8 (0,15)
<b>Zypern</b> 2004	Kein AM vor Ort		18 (0,12)

1/ Quelle: Communiqué der Europäischen Kommission, COM (2008) 177 final, Brüssel, April 2008  
(Zahlen weichen zum Teil geringfügig von den durch die KAS-Auslandsmitarbeiter ermittelten Daten ab.)



DIE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT  
DER NEUEN EU-MITGLIEDSTAATEN

# BALTIKUM

## 1. ESTLAND

### Zuständigkeiten für die EZ

In Estland ist das *Außenministerium* sowohl für die EZ als auch für die Planung und Durchführung der humanitären Hilfe verantwortlich. Andere Ministerien können EZ-Projekte aus ihren Haushaltsmitteln oder über die Finanzierung des Außenministeriums durchführen.

### Finanzmittel für die staatliche EZ

Im Jahr 1998 hat Estland erstmalig im Staatshaushalt Finanzmittel für staatliche EZ eingestellt. Seitdem sind Fördermittel für die EZ außerhalb der Landesgrenzen im Haushalt vorgesehen.

### ODA

Gemäß dem Bericht an das Komitee der Entwicklungshilfe der OECD (DAC) betrug die Gesamtsumme Estlands im Jahr 2006 etwa 175,4 Millionen EEK (11.2 Millionen EUR) oder 0,09 Prozent vom BVE (GNI); Tendenz steigend. In dieser Summe enthalten sind bereits EZ-Ausgaben, die über die Budgets anderer Ministerien getätigt worden sind. Es handelt sich im vollen Umfang um die staatliche Entwicklungshilfe (ODA) Estlands an Empfängerstaaten.

Estland ist ein multilateral ausgerichtetes Geberland. 86 Prozent der estnischen Hilfe fließt über verschiedene multinationale Organisationen (die größte Summe über den Haushalt der EU) an Drittländer.

Die *bilaterale Hilfe* beträgt 14 Prozent.

### Durchführungs-Organisationen der EZ

In Estland ist der „NRO Roundtable für EZ“ (*Estonian Roundtable for Development Cooperation*, AKÜ) – eine Plattform für NRO, die sich mit der EZ beschäftigen – gegründet worden.

Nähere Informationen: [www.terveilm.net](http://www.terveilm.net)

Es gibt keine separaten Stiftungen, auch keine Agentur für EZ.

### Engagement des Parlaments für die EZ

Die Außenkommission des *Riigikogu* (Estnisches Parlament) informiert sich regelmäßig über den Stand der EZ. Die Abgeordneten stehen in ständiger Verbindung sowohl mit dem Außenministerium als auch mit AKÜ. Das Interesse bei den politischen Entscheidungsträgern für das Thema wächst stetig. Die Kanzlei des *Riigikogu* fördert und berät zudem aktiv das Parlament von Georgien und verwirklicht über die Finanzierung des estnischen Außenministeriums Projekte – z.B. bei der Einführung und Installation des digitalen Stenografiesystems für das Parlament von Georgien sowie bei der Ausbildung der Benutzer.

### EZ-Konzeption

Als Grundlage der estnischen EZ dienen die am 15. Januar 2003 vom *Riigikogu* angenommenen „Prinzipien der Entwicklungszusammenarbeit Estlands“. Das Dokument bestimmt die Prioritäten der Politik der EZ nach Staaten/Regionen und Bereichen, aber auch die unterschiedlichen Formen der Ausführung der EZ.

Um die estnische EZ transparenter zu gestalten und die Tätigkeitsrichtungen zu bestimmen, die als Grundlage der humanitären Hilfe und EZ Estlands dienen, stellte das Außenministerium den „Entwicklungsplan der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe Estlands für 2006-2010“ auf. Die Regierung Estlands hat diesen Plan im Frühling 2006 verabschiedet.

### Thematische Schwerpunkte

Gemäß dem Entwicklungsplan sind die wichtigsten Tätigkeitsbereiche der estnischen EZ Bildung, Umwelt (nachhaltige Entwicklung), Demokratieförderung (z.B. Reform der Staatsstrukturen, Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Medien, Entwicklung der Informationsgesellschaft) und die Unterstützung der Wirtschaftsentwicklung.

Der Entwicklungsplan bestimmt auch die wichtigsten multilateralen Organisationen, durch die Estland seinen Beitrag in der internationalen EZ zu leisten

beabsichtigt. Ziel Estlands ist unter anderem, Geber in der Weltbank zu werden und in den Europäischen Entwicklungsfond einzuzahlen. Mit Hilfe dieses Engagements soll auch der Einfluss sowie die Wahrnehmung Estlands in diesen Organisationen zunehmen.

Die thematischen Schwerpunkte haben sich in den letzten Jahren nicht bedeutend geändert. Der Entwicklungsplan für 2006-2010 ist für Estland das erste strategische EZ-Dokument, das im Hinblick auf eine längere Perspektive zusammengestellt worden ist. Damit ist es auch gelungen, in Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Sektor und der Bürgergesellschaft (NRO) die Bereiche zu definieren, in denen Estland im Sinne einer nachhaltigen EZ am meisten anzubieten hat.

### Ziele und Umsetzung

Das Oberziel der EZ Estlands ist die Verminderung der weltweiten Armut und das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele.

Weitere Ziele sind:

- die *Unterstützung gesellschaftlicher Entwicklung*: Verbesserung der Zugänglichkeit von Bildung und der Lage von Frauen und Kindern in Entwicklungsländern;
- die *Gewährleistung von Frieden, Menschenrechten und der Entwicklung von Demokratie* in Entwicklungsländern: Sicherung der Stabilität (über Friedenschaffende und sichernde Missionen der UNO), Hilfeleistung bei der Etablierung einer demokratischen Regierungstradition und Unterstützung des zivilen Sektors;
- die *Förderung der Wirtschaftsentwicklung*: Hilfe bei der Reform der Wirtschaft und Unterstützung des Anschlusses an das weltweite Handelsnetzwerk;
- die *Gewährleistung der nachhaltigen Entwicklung*: zur Steigerung des Umweltschutzes und der Ressourcensicherheit in Entwicklungsländern;
- für die *Verbesserung der Ausführung der EZ*: Konzentration der estnischen EZ auf die vier wichtigsten Partnerstaaten; Sicherstellung der langfristigen Ziele und Interessen des Partnerstaates; Unterstützung der ausführenden internationalen EZ-Organisationen (EU, UNO, Weltbank, OECD) sowie Verbesserung der Durchführungskompetenz des öffentlichen wie auch zivilen Sektors in Estland im Bereich der EZ;
- *Erhöhung des öffentlichen Bewusstseins über die Bedeutung von EZ* in Estland.

### Regionale Schwerpunkte

Die bilaterale EZ Estlands ist vor allem auf die Staaten gerichtet, denen Estland einen Mehrwert bei der Entwicklung anbieten kann und die bereit sind, sich in Richtung einer demokratischen Gesellschaft zu bewegen. Aus diesem Grund genießen die Partnerstaaten *Georgien, Moldau, Ukraine* und *Afghanistan* im Bereich der bilateralen EZ Estlands Priorität. Neben den erwähnten Staaten arbeitet Estland mit weiteren Projektpartnern zusammen, die die spezifische Erfahrung Estlands bei der Etablierung freier, demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen teilen.

Vor der Annahme des Entwicklungsplans förderte Estland Entwicklungsprojekte in etwa 20 Staaten. Ein Ziel des Entwicklungsplans war es, durch Konzentration der EZ messbare und nachvollziehbare Ergebnisse zu erzielen. Der statistische Überblick des Jahres 2006 hat gezeigt, dass dieses Ziel erreicht wurde. Der Großteil der bilateralen EZ fließt an die vier wichtigsten Partnerstaaten ab.

### Analyse

Seit dem Entwicklungsplan nimmt die staatliche EZ Estlands klare Konturen an. Wichtig bleibt es, die Zusammenarbeit mit dem NRO-Sektor weiter zu verstärken. Die potentielle Rolle der NRO sowohl bei der Gestaltung der Entwicklungspolitik als auch bei der Ausführung der Projekte ist weiter ausbaufähig. Der EZ-Roundtable bietet dafür eine geeignete Plattform.

Bedeutend ist weiterhin die Zusammenarbeit mit den internationalen Akteuren der EZ, die sich auf internationale Entwicklungs- und Humanitärhilfe und deren Ausführung konzentrieren, zu verstärken. Als Mitglied der EU ist Estland auf einem guten Weg, die entsprechende Gesetzgebung im Bereich der bilateralen und multilateralen EZ umzusetzen.

Eine größere Aufmerksamkeit sollte in Zukunft weiterhin der Information der Öffentlichkeit über die EZ zukommen. Hier gibt es bereits erste gute Ansätze wie die gemeinsam von Außenministerium und NRO vorbereitete Publikation (2001) über die Entwicklung und Rolle staatlicher EZ in Estland sowie die Durchführung der Informationsveranstaltung *Der Welttag* im Jahr 2005, 2006 und 2007 in Tallinn.

## 2. LETTLAND

### Zuständigkeiten für die EZ

Das *Außenministerium* der Republik Lettland hat eine Abteilung für die Koordinierung der staatlichen EZ eingerichtet. Die Abteilung besteht aus den Referaten für die Koordinierung der bilateralen Hilfe und der Politik für multilaterale Zusammenarbeit.

### Finanzmittel für die staatliche EZ

#### ODA

- 2006: 11.89 Millionen USD – 0.06 Prozent vom BNE
- 2005: 10.65 Millionen USD – 0.07 Prozent vom BNE
- 2004: 08.33 Millionen USD – 0.06 Prozent vom BNE

Für die *bilaterale Zusammenarbeit* plant Lettland:

- 2008 – 600 000 LVL\*
  - 2007– 450 000 LVL
  - 2006– 150 000 LVL
  - 2005 – 100 000 LVL
- \* (1 LVL = 0,70 EUR)

### Durchführungs-Organisationen der EZ

Neben dem Außenministerium wird die EZ auch von NRO gefördert. Zu den wichtigsten Partnern des Außenministeriums im Bereich der EZ gehört der Verein von *LAPAS* (Lettische Plattform für Entwicklungszusammenarbeit), zu dem sich 24 lettische NRO zwecks besserer Koordinierung und stärkerer Außenwirkung zusammengeschlossen haben. Teilweise führt *LAPAS* im Auftrag des Außenministeriums EZ-Projekte in Drittländern (z.B. Ukraine, Georgien, Moldau) durch.

### Engagement des Parlaments für die EZ

Mehrere Parlamentsabgeordnete – insbesondere des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten, sowie des Auswärtigen Ausschusses - beschäftigen sich mit den Fragen der EZ und unterstützen deren Ideen. Derzeit befasst sich das Lettische Parlament (*Saeima*) mit einem Gesetzesentwurf für die Grundlage und Finanzierung von internationaler Hilfe.

### EZ-Konzeption

Im Rahmen der politischen Planung im Bereich der EZ sind die wichtigsten Dokumente die „Richtlinien der Politik der Entwicklungszusammenarbeit Lettlands“, der Durchführungsplan zur EZ Lettlands 2006-2010

sowie die Jahrespläne zur Entwicklungspolitik des Lettischen Ministerkabinetts. In den Jahresplänen werden die thematischen Prioritäten, die Schwerpunktländer, sowie die einzelnen EZ-Projekte definiert. Der Plan beinhaltet darüber hinaus eine Kommunikationsstrategie zur Information der Öffentlichkeit über Ziele und Maßnahmen der lettischen EZ.

### Thematische Schwerpunkte

Eine intensive Arbeit im Rahmen der EZ hat Lettland vorwiegend ab 2004 – nach dem EU-Beitritt – begonnen, als es auch Verpflichtungen im Bereich der EZ eingegangen ist. Als Empfängerländer wurden *Georgien, Moldova, Ukraine* und für einige Projekte auch *Weißrussland* ausgewählt. Die lettische EZ konzentriert sich schwerpunktmäßig auf die Entwicklung die ländlichen Raums, die Stärkung der Judikativen und Legislativen zwecks Entwicklung einer zivilen und demokratischen Gesellschaft, der Leistungssteigerung der staatlichen und kommunalen Verwaltung, der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen, der Förderung klein- und mittelständischer Unternehmensformen, des Naturschutzes sowie des Ausbaus des Schul- und Bildungswesens.

### Ziele und Umsetzung

Das Gesamtziel Lettlands im Rahmen der EZ ist die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Empfängerländer entsprechend der eigenen lettischen Erfahrung auf dem Weg zu einer demokratischen, rechtsstaatlichen Gesellschaft zu fördern.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Empfängerländer die Unterstützung Lettlands sehr hoch schätzen. Ein Beispiel dafür wäre die Zusammenarbeit mit dem Grenzschutz der Republik Moldau. Lettland hat bereits einen wesentlichen Beitrag zur Festigung der moldovischen Grenze beigetragen und dadurch die EU-Grenzen vor Schmuggel über Moldava geschützt.

### Regionale Schwerpunkte

Lettland fördert vor allem Projekte in Georgien, Moldova, Ukraine und mit einzelnen Projekten auch Weißrussland. Es sind vorläufig keine Änderungen in Bezug auf die bevorzugten Länder geplant.

Einzelne Projekte sind auch für Kasachstan und Kirgistan vorgesehen. Ein EZ-Projekt wird künftig in Afghanistan durchgeführt.

### 3. LITAUEN

#### Zuständigkeiten für die EZ

Das *Außenministerium* der Republik Litauen verfügt über eine eigene Abteilung für EZ und Demokratieförderung. Die Abteilung ist für die Durchführung und Koordinierung der EZ der Republik Litauen zuständig. Nach der Verordnung des Außenministers wurde am 19. Januar 2007 zusätzlich eine Kommission zur Koordinierung der Programme und Projekte für EZ und Demokratieförderung gegründet. Die Kommission setzt sich aus hochrangigen Beamten des Außenministeriums zusammen und entscheidet über Ziele und Aufgaben der bilateralen Zusammenarbeit sowie über Finanzierung unterschiedlicher Programme und Projekte der EZ.

#### Finanzmittel für die staatliche EZ

Mit dem Beitritt zur EU am 1. Mai 2004 hat Litauen sich verpflichtet, sich an der EZ der EU zu beteiligen. Die finanziellen Beiträge Litauens für ODA, nach dem Abrechnungssystem der OECD, beliefen sich im Jahr

2004 auf 25,52 Millionen Litass (7,4 Millionen Euro), im Jahr 2005 – 43,13 Millionen Litass (12,5 Millionen Euro) (0,062 Prozent des BNE). Laut Angaben des Außenministeriums der Republik Litauen wurde im Jahr 2006 etwa 0,068 Prozent des BNE für EZ zur Verfügung gestellt.

Die *ODA* der Republik Litauen setzt sich aus folgenden Finanzmitteln zusammen:

- 4,68 Prozent der Einzahlungen des Landes in den EU-Haushalt;
- Einzahlungen in das Budget verschiedener Internationaler Organisationen für EZ (siehe unten Tabelle);
- Finanzierung des Zentrums für Flüchtlinge und Asylbewerber in Litauen;
- Humanitäre Hilfe;
- Finanzierung verschiedener bilateraler EZ-Projekte (durch das Außenministerium);
- seit 2008 – Einzahlungen in den 10. Europäischen Entwicklungsfonds;

Die Tabelle schildert die Einzahlungen Litauens in das Budget einzelner Internationaler Organisationen:

Abkürzung	Internationale Organisation	Währung	Ein-zahlung	Betrag in LT
<b>UNDP</b>	United Nations Development Programme	LT	370.000,00	370.000,00
<b>UNIDO</b>	United Nations Industrial Development Organisation	EUR	100.824,00	348.125,11
<b>FAO</b>	Food and Agricultural Organisation	USD	213.961,68	607.693,96
<b>FAO</b>	Food and Agricultural Organisation	EUR	29.797,00	102.883,08
<b>ILO</b>	International Labour Organisation	CHF	84.491,47	190.088,91
<b>ITU</b>	International Telecommunications Union	CHF	597.330,02	1.330.175,29
<b>UNESCO</b>	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation	USD	15.002,00	41.861,82
<b>UNESCO</b>	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation	EUR	33.807,00	116.728,81
<b>UNO</b>	United Nations Organization	USD	423.421,93	1.213.717,22
<b>WHO</b>	World Health Organisation	USD	127.013,22	354.803,17
<b>WIPO</b>	World Intellectual Property Organisation	CHF	11.395,00	25.282,09
<b>WMO</b>	World Meteorological Organisation	CHF	24.980,00	55.641,07
<b>IOM</b>	International Organisation for Migration	CHF	4.490,35	9.962,74
<b>ISTA</b>	International Seed Testing Association	CHF	5.881,00	13.154,00
<b>IFRCRCS</b>	International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies	CHF	9.448,00	21.133,76
<b>ICRC</b>	International Committee of the Red Cross	CHF	4.598,89	10.244,02
	<b>Gesamtsumme:</b>			<b>4.811.495,05</b>

Quelle: Internetportal des Außenministeriums der Republik Litauen; Stand: 2006

Für *bilaterale Projekte* der EZ wurden im Jahr 2005 etwa 0,5 Millionen Litas (ca. 0,15 Millionen Euro), im Jahr 2006 insgesamt 2,44 Millionen Litas (ca. 0,7 Millionen Euro) zur Verfügung gestellt. Damit wurden insgesamt 39 Projekte durchgeführt. Die größten Projekte der EZ wurden in Afghanistan durchgeführt, dafür hat Litauen 1,44 Millionen Litas (ca. 0,42 Millionen Euro) zur Verfügung gestellt. Weitere 0,7 Millionen Litas (ca. 0,2 Millionen Euro) wurden der Entwicklungshilfe für Libanon, Indonesien und Georgien gewidmet.

Litauen ist bemüht, den durch die Europäische Kommission gesetzten Schwellenwert der Beiträge für EZ bis 2010 auf 0,17 Prozent des BNE (Bruttonationaleinkommen), bis 2015 auf 0,33 Prozent des BNE zu erreichen.

### **Durchführungs-Organisationen der EZ**

Die Kernaufgaben bei der Durchführung der EZ fallen in den Zuständigkeitsbereich des Außenministeriums der Republik Litauen. Für die finanziellen Angelegenheiten, die in Form der Einzahlungen an verschiedene Internationale Organisationen erfolgen, ist das Finanzministerium des Landes zuständig. Das Finanzministerium wirkt hinsichtlich der EZ in Abstimmung mit dem Außenministerium.

In Litauen gibt es zahlreiche NRO, die sich im Bereich der EZ engagieren, dennoch ist zu bemerken, dass es kaum welche gibt, die auf internationaler Ebene von Bedeutung wären. Als ein positiver Schritt zur Verbesserung der EZ ist die Gründung der ersten NRO-Plattform am 29. März 2007 zu deuten. Die Plattform vereint insgesamt 17 Nichtregierungsorganisationen. Die Organisationen haben sich zum Ziel gesetzt, mehr an Bedeutung auf internationaler Ebene zu gewinnen und sich mehr an der EZ der EU zu beteiligen.

### **Engagement des Parlaments für die EZ**

Das Parlament der Republik Litauen (*Seimas*) engagiert sich im Bereich der EZ. Das Parlament hat die Grundlagen der EZ-Konzeption am 8. Juni 2006 gebilligt und somit einen Rechtsakt für die Entwicklungspolitik Litauens geschaffen. Außerdem beteiligen sich verschiedene Politiker, wie z.B. die Ministerin für Arbeit und Soziales Frau Vilija Blinkeviciute, an Wohltätigkeitsaktionen.

Am 30. Mai 2007 wurde das Mitglied des Europaparlaments Frau Dr. Danute Budreikaite zur gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses und des Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union

eingeladen, bei der diskutiert wurde, wie sich Litauen weiterhin erfolgreich an der EZ der EU beteiligen könnte. Auch wurden Strategien besprochen, wie man bei der Aufteilung des Landeshaushalts mehr Finanzmittel für ODA zur Verfügung stellen könnte.

Im November 2007 wurden die Mitglieder des *Seimas* Herr Vytautas Galvonas, Frau Jadvyga Zinkeviciute sowie Frau Laima Mogeniene nach Lissabon entsandt, um dem Treffen der Mitglieder der EU-Kommission und der Vertreter der EU-Mitgliedstaaten teilzunehmen. Bei dieser Zusammenkunft wurden die Kernaufgaben der Staaten im Rahmen der EZ diskutiert und Möglichkeiten zur Verbesserung der EZ besprochen.

### **EZ-Konzeption**

Nach der weltpolitischen Wende der Jahre 1989/90 war Litauen auf finanzielle und anderweitige Unterstützung aus dem Ausland angewiesen. Über mehrere Jahre hat das Land große Erfahrung in Prozessen der Demokratisierung und Konfliktlösung gesammelt. Mit dem Beitritt zur EU ist Litauen von einem Empfängerland zu einem Geberland herangewachsen. Abgesehen von den Verpflichtungen für die EU angesichts der EZ, hat Litauen im Jahr 2004 einen Vertrag mit dem *UN Development Programme* unterschrieben. Dementsprechend hat das Land eine eigene EZ-Konzeption entwickelt, die rechtlich in der Verordnung der Regierung der Republik Litauen vom 8. Juni 2006 verankert ist. Die Verordnung sieht Schwerpunkte der Entwicklungspolitik, Kernaufgaben und Ziele vor, besagt die Prioritätsgebiete für die zu leistende EZ, sieht die Partnerstaaten sowie die Finanzierungsformen und den Finanzierungscharakter vor.

### **Thematische Schwerpunkte**

Die EZ-Konzeption der Republik Litauen stellt den Aufbau und die Förderung der Demokratie, Förderung der verantwortlichen Regierungsführung (*good governance*), Sicherung der Menschenrechte, wirtschaftliche Entwicklung, Europäische Integration, Korruptionsbekämpfung u. ä. in den Vordergrund.

### **Ziele und Umsetzung**

Die EZ-Konzeption der Republik Litauen will einen Beitrag leisten zu:

- der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele: Armutsbekämpfung in der Welt; Sicherung der Grundschulausbildung auf globaler Ebene beizutragen; Gleichberechtigung und Gleichbehandlung; Minimierung der Sterblichkeit der Kleinkinder um

zwei Drittel; Minderung der Sterblichkeit von Schwangeren Frauen um vier Drittel; Bekämpfung der HIV/AIDS; Sicherung der Wirtschaftlichen Entwicklung; Stärkung der Weltpartnerschaft für EZ;

- Sicherung der Demokratie, Sicherheit und Stabilität in benachbarten Regionen Litauens;
- Förderung aktiver politischer, wirtschaftlicher und sozialer Beziehungen mit den benachbarten Staaten; Steigerung der Rolle der Republik Litauen beim Aufbau und der Durchführung der Politik von Internationalen Organisationen in der Region.

Litauen trägt finanziell zur Durchführung des Weltprogramms der EZ bei und beteiligt sich an verschiedenen Projekten der EZ. Damit die Bürger, die Politiker und die Öffentlichkeit mehr über den Bedarf an EZ erfahren und die Leistungen Litauens gesteigert werden, wurde in den Monaten April bis Juni 2006 eine Wohltätigkeitskampagne „Die höchste Zeit den Anderen zu helfen“ veranstaltet. Während der zwei Monate fanden Wohltätigkeitskonzerte und -aktionen statt, die Fernsehsender strahlten Werbung aus, mit der Aufforderung für verschiedene Organisationen und Projekte zur EZ zu spenden. Somit leistete Litauen seinen Beitrag zur Verwirklichung der globalen Ziele zur Armut- und Sterblichkeitsbekämpfung, Sicherung der Menschenrechte, HIV/AIDS Bekämpfung.

Einen großen Beitrag leistet Litauen bei der Förderung demokratischer Prozesse und Konfliktlösung in der Ukraine und in Georgien. Die EZ für die Ukraine ist ein nachhaltiger Prozess. Während im Jahr 2004 nur ein Projekt in diesem Land durchgeführt wurde, liefen im Jahr 2006 etwa sechs litauische Projekte der EZ. Angefangen wurde mit der Weiterbildung der Beamten, die in der Verwaltung des Landes eingebunden sind, folgend mit dem Ausbau des Steuersystems, Förderung des Informationsaustauschs mit den EU-Mitgliedstaaten, Förderung des Prozesses der Europäischen Integration, Unterstützung bei der Ausarbeitung gesetzlicher Grundlagen zur Sicherung des geistigen Eigentums, Trainings für Zollbeamte etc.

Ähnliche Unterstützung bekommt auch Georgien. Litauen setzt sich in diesem Land stark für die Konfliktlösung und Demokratisierung des Landes sowie für Stärkung und Verbesserung des Bildungssystems und Prozesse der Europäischen Integration ein. 2006 hat Litauen finanziell die Einrichtung von PC-Pools in georgischen Schulen gefördert. Zusammen mit UNICEF hat Litauen die Rekonstruktion des Kinderheims in Georgien finanziert. Der Außenminister Petras Vaitiekunas hat zudem auf verschiedenen Treffen auf EU-Ebene deutlich gemacht, dass die Unterstützung der EU für Georgien von großer Wichtigkeit ist. Auf Initiative des

Ministers wurde zur Frage Georgiens eine Beratung der Minister der EU-Länder durchgeführt.

Weiterhin fördert Litauen viele Staaten, die Anträge auf EZ stellen. Durch die Einzahlungen bei verschiedenen Internationalen Organisationen sowie durch direkte Spenden leistet das Land Humanitäre Hilfe für die Opfer der Naturkatastrophen (wie z.B. für Pakistan nach dem Erdbeben in 2005, oder den Tsunamiopfern in Südostasien).

### **Regionale Schwerpunkte**

Die regionalen Schwerpunkte bei der EZ-Konzeption Litauens liegen auf Belarus, Moldau, Ukraine, Georgien, Aserbaidschan, Armenien und Afghanistan. In den letzten Jahren kamen zwei weitere Regionen hinzu, für die Litauen auch künftig EZ bzw. humanitäre Hilfe leisten wird: der Irak und Libanon. In Bezug auf den Irak ist vorgesehen, die Ausbildung von Polizeibeamten und den Ausbau des Rechtssystems im Land zu fördern.

# BULGARIEN

## ZUSTÄNDIGKEITEN FÜR DIE EZ

Die Teilnahme der Republik Bulgarien an der internationalen EZ wird vom *Außenministerium* koordiniert. Bei der Wahrnehmung dieser Funktionen wird er von einem Rat „Internationale EZ“ (RIEZ) unterstützt. Dieses Organ wird auf der Grundlage des bereits existierenden Rates für die Teilnahme Bulgariens an der internationalen EZ geschaffen. Dieser Rat wurde mit einem Beschluss des Ministerrates vom 9. Februar 2006 gegründet und an ihm beteiligt sind alle daran interessierten Behörden und staatlichen Institutionen. Der Rat billigt die allgemeinen Richtlinien, die Aufgaben, die geografischen und regionalen Prioritäten für die offizielle bulgarische EZ.

Zusätzliche werden Vertreter von NRO, Privatunternehmer, die Medien und akademische Kreise herangezogen, um Fragen über die Effizienz, Kohärenz der EZ-Maßnahmen sowie die öffentliche Unterstützung für die betriebene Politik usw. zu erörtern. Aufgrund der durchgeführten Diskussionen leitet der Rat Maßnahmen ein für die Verbesserung der Qualität und der Effizienz des Beitrages Bulgariens zur EZ und ihre Verbreitung im In- und Ausland.

Auf Empfehlung des Vorsitzenden des RIEZ verabschiedet der Ministerrat mittelfristige Programme und Jahresaktionspläne für EZ.

Das *Außenministerium* ist zuständig für:

- die Koordinierung mit den anderen Institutionen über alle Fragen, verbunden mit der Teilnahme Bulgariens an der internationalen EZ,
- die Teilnahme an den jeweiligen Diskussionen im Rahmen der EU, UNO und der anderer internationaler Organisationen,
- die Kontakte und die Zusammenarbeit mit anderen Staaten und internationalen Organisationen von der Spendengemeinschaft,
- die Abkommen über Zusammenarbeit mit den Empfängerstaaten,
- mittelfristige nationale Programme und Jahresaktionspläne über Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern sowie strategische Dokumente für ein jedes Land,

- auf Grund der verabschiedeten Programme und Jahrespläne unterbreitet es dem Finanzministerium den Finanzrahmen für EZ,
- es legt auf der Grundlage der vom Ministerrat gebilligten Jahresaktionspläne und Programme dem Finanzministerium mittelfristige Prognosen und Finanzpläne zur Entwicklung vor,
- es pflegt Kontakte zu NRO und Privatunternehmern in Verbindung mit ihrer Teilnahme an der Zusammenarbeit,
- fasst zusammen und verbreitet Information, einschließlich statistischer Daten über die Ergebnisse von der EZ sowohl im Lande, als auch für die EU, das Komitee für Entwicklungszusammenarbeit und für die anderen internationalen Partner,
- die Verbreitung und Erhöhung der gesellschaftlichen Unterstützung für das bulgarische Programm und für die Projekte auf diesem Gebiet,
- die Koordinierung der Ausarbeitung von Grundregeln für die bulgarische EZ.

Neben dem Außenministerium spielt auch das Finanzministerium eine aktive Rolle bei der Zusammenarbeit.

Das *Finanzministerium*:

- bestimmt die Wahl von Finanzrahmen und Instrumenten,
- stimmt den allgemeinen Finanzrahmen der offiziellen Entwicklungshilfe mit dem Staatshaushalt ab,
- nimmt teil am Prozess der Programmierung und der Planung der staatlichen EZ,
- rechnet die Mittel für die offizielle Entwicklungshilfe in den zentralen Haushalt mit ein,
- informiert das Außenministerium über die Budgetmittel, die als offizielle Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt worden sind in Zusammenhang mit der Ausfertigung von Berichten der Europäischen Kommission.

Die Rolle der engagierten Ministerien und Behörde hat eine besondere Bedeutung für die Anpassung der Entwicklungspolitik auf die Regierungspolitik (Soziales, Umweltschutz, Gesundheit, Landwirtschaft, Handel, Migration u.a.), die eine Auswirkung auf die Partnerstaaten haben könnte.



Die zuständigen bulgarischen Ministerien und Behörden nehmen im Rahmen ihrer Kompetenz teil:

- an der Ausrichtung der nationalen Politik auf dem Gebiet der Entwicklung und an der Arbeit der jeweiligen Organe der EU und der internationalen Organisationen auf dem Gebiet der Entwicklung,
- arbeiten aus und machen konkrete Vorschläge für die Aufnahme in das mittelfristige Programm und in die Jahresaktionspläne für Zusammenarbeit auf dem jeweiligen Gebiet, als auch in Projekten nach der bilateralen Zusammenarbeit,
- gewährleisten die Verwirklichung des vom Rat genehmigten mittelfristigen Programms und der Jahresaktionspläne für die Zusammenarbeit auf dem jeweiligen Gebiet.

Der Rechnungshof überprüft unabhängig die ausgegebenen Mittel für die Teilnahme Bulgariens an der internationalen EZ. Die Ergebnisse der Überprüfung werden veröffentlicht.

#### **FINANZMITTEL FÜR DIE STAATLICHE EZ**

Nach der Aufnahme des Landes in die EU am 1. Januar 2007 engagierte sich Bulgarien für die Harmonisierung der nationalen Normen und Praktiken sowie für die Koordinierung der Außenpolitik, einschließlich der Teilnahme an der Politik der Union für Zusammenarbeit in Bezug auf Drittländer. Das bedeutet, dass sich Bulgarien von einem Rezipienten zu einem Geber verwandeln sollte. Zusammen mit den anderen Mitgliedstaaten hat sich Bulgarien engagiert, aktiv an der Politik der EU für EZ teilzunehmen, indem es seinen finanziellen Beitrag gegen Armut über die offizielle Entwicklungshilfe leistet (ODA), mit einem Beitrag von 0,17 Prozent vom BIP bis 2010 und mit 0,33 Prozent bis zum Jahr 2015.

Der von Bulgarien als ODA 2005 gemeldete Betrag beläuft sich auf 1.453.276,67 Leva (0,7 Millionen Euro) und entspricht 0,0359 Prozent vom BIP. 2006 waren es 1.432.866,67 Leva (0,7 Millionen Euro) und 0,0326 Prozent vom BIP. 2007 wurden 225.222.380,17 Leva (115 Millionen Euro) gemeldet und 0,053 Prozent vom BIP. Wie viele Mittel tatsächlich verausgabt wurden, war bis Redaktionsschluss nicht veröffentlicht.

Die Finanzmittel für die offizielle Entwicklungshilfe werden zentral im Zentralbudget der Republik Bulgarien vorgesehen. Der Ministerrat wird auf Empfehlung des Vorsitzenden des Rates „Internationale Entwicklungszusammenarbeit“ die entsprechenden Finanzmittel billigen.

#### **DURCHFÜHRUNGS-ORGANISATIONEN DER EZ**

Bulgarien verfügt über Stiftungen und NRO.

#### **ENGAGEMENT DES PARLAMENTS FÜR DIE EZ**

Hauptsächlich ist die Exekutive in Fragen der EZ engagiert.

#### **EZ-KONZEPTION**

Am 19. Juni 2007 hat der Ministerrat Bulgariens den Beschluss 504 gefasst, mit dem ein Konzept über die Politik des Landes in Bezug auf die EZ festgelegt wurde.

#### **THEMATISCHE SCHWERPUNKTE**

Laut dem Konzept zur EZ konzentriert sich die bulgarische Entwicklungspolitik auf bestimmte Sektoren konzentriert, in denen bereits Erfahrungen in Bezug auf Hilfeleistungen, Expertise und Kapazität bestehen. Bulgarien kann seine EZ auf folgende Sektoren konzentrieren:

- Bildung und Schulung von Kadern, besonders auf dem Gebiet der Hochschulbildung,
- Aufbau und Aufrechterhaltung von Infrastrukturen, Produktion von Elektrizität, Wasserversorgung, Bauwesen,
- Durchführung von Reformen in der Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung, Sozialwesen und Gesundheitswesen,
- kulturelle Vielfalt und Toleranz,
- Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung,
- Sicherheit.

Unter Einhaltung des Konzentrationsprinzips engagiert sich Bulgarien mit nicht mehr als zwei Sektoren für einen Partnerstaat.

#### **ZIELE UND UMSETZUNG**

Hauptziel der Entwicklungspolitik der Republik Bulgarien ist die Überwindung der Armut und der damit verbundenen Probleme. Armut stellt ein Hindernis sowohl für die wirtschaftliche, als auch die soziale Entwicklung dar. Armut hat mehrere Dimensionen, deren Überwindung ein ausbalanciertes Herangehen verlangt.

Nach Ansicht der Republik Bulgarien ist die Überwindung der Armut nicht möglich, ohne eine nachhaltige Entwicklung und ein ausbalanciertes Verhältnis zwi-

schen Produktion und Konsum, Umweltschutz und entsprechenden Normen für das Gesundheitswesen und Bildung und eine erfolgreiche Integration in die EZ unter den Bedingungen der Globalisierung.

### **REGIONALE SCHWERPUNKTE**

Die Länder, mit denen Bulgarien Entwicklungspartnerschaften entwickeln wird, sollten folgenden Kriterien entsprechen:

- Vorhandensein eines bestimmten Niveaus von politischen, diplomatischen und handelswirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bulgarien und dem jeweiligen Partnerstaat,
- Erfüllung der allgemeinen Bedingung für Zusammenarbeit mit der Spendengemeinschaft.

Auf der Grundlage der aufgezeigten Kriterien und dem Konzentrationsprinzip entsprechend werden zwei Gruppen für Zusammenarbeit im Bereich der Zusammenarbeit bestimmt:

- Prioritätsstaaten – das sind die Staaten, an die die Hauptressourcen der EZ gerichtet sind. Dazu zählen die SOE-Staaten und die Staaten von der Schwarzmeerregion. Das Außenministerium wird regelmäßig die Liste der Prioritätsländer revidieren.
- Staaten, bei denen sich Bulgarien schon engagiert hat im Rahmen von internationalen Organisationen oder Koalitionen, wie z.B. die Operationen für den Wiederaufbau des Irak und Afghanistans.

### **UNTERSTÜTZUNG ALTER EU-MITGLIEDSLÄNDER**

Die meisten der EU-Mitgliederstaaten unterstützen die Beteiligung Bulgariens an der EZ der EU.

### **ANALYSE**

Für Bulgarien als neu aufgenommenes Mitglied der EU gibt es eine Reihe von Schwierigkeiten und Herausforderungen, die überwunden werden müssen.

An erster Stelle steht die Notwendigkeit einer mehrparteilichen politischen und gesellschaftlichen Unterstützung dieser Idee, einschließlich der Hilfe für die unterentwickelten Länder in Afrika, in der Karibik und in der Region des Pazifiks. Auch hier spielt der Nichtregierungssektor eine große Rolle. Wichtig ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Staats- und Privatsektor im Rahmen der so genannten öffentlich-privaten Partnerschaften.

Bulgarien, ähnlich wie die anderen neu aufgenommenen Staaten, legt vor allem Wert auf die Zusammenarbeit mit Ländern, mit denen es über kulturelle, historische und wirtschaftliche Beziehungen verbunden ist. Heute ist mehr denn je eine Umstrukturierung der bi- und trilateralen Hilfe aufgrund der eigenen Erfahrung und ihre Motivierung durch die Bedürfnisse des Rezipienten nötig. In diesem Sinne ist es erforderlich, eine stabile und langfristige Partnerschaft mit den Rezipienten zu etablieren, die auf gegenseitiges Vertrauen und auf Achtung der Souveränität, der Traditionen und der Kultur des Partners fußt.

# POLEN

## ZUSTÄNDIGKEITEN FÜR DIE EZ

Die Entwicklungspolitik gegenüber Entwicklungsländern liegt in der Zuständigkeit des *Außenministeriums*. Die Aufgaben im Zusammenhang mit der Erarbeitung eines Konzepts für EZ und dessen Umsetzung werden von der eigens dazu eingerichteten Abteilung für EZ im Außenministerium wahrgenommen. Diese Abteilung:

- beschäftigt sich mit Fragen der EZ mit Ländern, die vom OECD-Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) als Empfängerstaaten eingestuft sind;
- fördert Demokratie, Zivilgesellschaft und Transformationsprozesse;
- erarbeitet allgemeine Hilfsprogramme für einzelne Länder, die von Polen Entwicklungshilfe bevorzugt empfangen;
- koordiniert das nationale Programm für EZ;
- beteiligt sich an internationaler Zusammenarbeit bei Formulierung und Monitoring der EU-Entwicklungspolitik und bei der Koordinierung von Hilfsmaßnahmen der OECD und der UNO;
- ist zuständig für die Vermittlung multilateraler Hilfe durch freiwillige Beiträge an internationale Institutionen.

Die EZ wird auch durch das Finanzministerium unterstützt. Zu seinem Aufgabenbereich gehören u.a. die

Gewährung von Hilfskrediten im Rahmen des „Übereinkommens über Richtlinien für öffentlich unterstützte Exportkredite“ und der Richtlinien des Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC) der OECD im Hinblick auf Hilfskredite und diesbezügliche EU-Regelungen, die Beteiligung Polens an Entschuldungsinitiativen und internationalen Finanzinstitutionen, darunter Regionalbanken, und an EU- und OECD-Einrichtungen, die sich mit Fragen der Entwicklungsfinanzierung beschäftigen.

Zur polnischen EZ gehören auch Stipendien des Büros für Anerkennung Wissenschaftlicher Grade und Internationalen Austausch im Ministerium für Wissenschaft und Höhere Bildung.

## FINANZMITTEL FÜR DIE STAATLICHE EZ

Polen leistet erst seit ein paar Jahren Entwicklungshilfe. Mit dem EU-Beitritt hat Polen 2004 internationale Verpflichtungen im Hinblick auf das Volumen und entsprechende Qualität der EZ auf sich genommen. Im Mai 2005 hat Polen auf einer Sitzung des Rats für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen der EU (GAERC) eine Aufstockung der Hilfeleistungen für Entwicklungsländer auf 0,17 Prozent des Bruttoinlandprodukts bis 2010 und auf 0,33 Prozent bis 2015 verkündet.

*Polens Beitrag zur Entwicklungshilfe in Millionen USD*

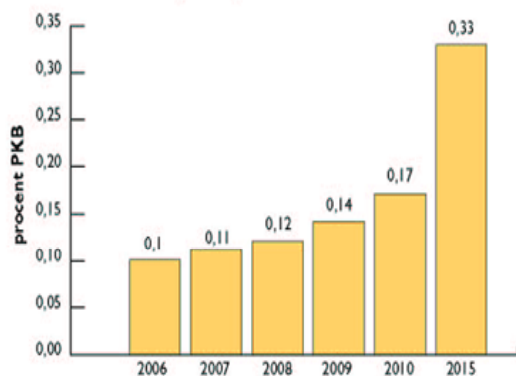
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
<b>ODA</b>	19	20	29	36	14	30	117,3
<b>bilateral</b>	14	15	13	31	9	19	24,6
Europa	3,6	6,8	3,4	1,3	0,9	12	9
Afrika	1,7	1	0,9	0,7	0,6	0,7	9,9
Amerika	0,3	0,3	3,4	0,3	0,1	0,2	0,1
Asien	8	6,6	5,1	28,4	7,4	6	5,5
<b>multilateral</b>	5	5,7	15,8	4,8	5,3	11	92,6
<b>ODA/BIP (Proz.)</b>	0,01	0,01	0,02	0,02	0,007	0,14	0,05
BIP (Millionen Dollar)	158	155	164	183	189	210	241
OA	10	17	11	8	15	22	20

Vom gesamten Auslandshilfenvolumen 2006, das bei einer Milliarde Zloty (ca. 300 Millionen Euro) lag, verfügte die Abteilung für Entwicklungszusammenarbeit über 85 Millionen Zloty (84 Millionen EUR). Dies entspricht einer Steigerung der zur Verfügung stehenden Gelder um das Fünffache im Vergleich zum Vorjahr. Im Rahmen des gesamten Betrags von 1 Milliarde Zloty macht der Beitrag Polens zum EU-Haushalt den Löwenanteil aus. In diesem Betrag sind auch die Finanzierung der Schuldenerleichterung für Entwicklungsländer und Co-Finanzierungskredite enthalten.

Nach Angaben des Finanzministeriums vom 18. Mai 2005 werden 2010 2,3 Milliarden Zloty (672 Millionen EUR) für EZ bereitgestellt.

*Geplante offizielle Entwicklungshilfe durch Polen (ODA), Prozentanteil am BIP*

### Planowana Oficjalna Pomoc Rozwojowa Polski jako procent PKB



Quelle: „Polnische Entwicklungszusammenarbeit. Jahresbericht 2002“, polnisches Außenministerium

2005 hat Polen die Entwicklungsländer mit einer Summe von 663,07 Millionen Zloty (193 Millionen Euro) unterstützt. Dies entspricht 0,068 Prozent des PIB.

Der ODA-Beitrag Polens belief sich 2006 auf 922,2 Millionen Zloty (269 Millionen Euro). Dies entspricht 0,09 Prozent des BIP.

### DURCHFÜHRUNGS-ORGANISATIONEN DER EZ

2006 veranstaltete das Außenministerium zum ersten Mal das Forum Polnischer Auslandshilfe, auf dem 40 in Afrika, Asien, Osteuropa und Lateinamerika tätige Hilfsorganisationen vertreten waren. Zu den größten gehören:

- Caritas Polen/*Caritas Polska* – leistet humanitäre Hilfe in Entwicklungsländern.
- Zentrum für Sozioökonomische Analysen/*Centrum Analiz Społeczno-Ekonomicznych* – engagiert sich für die Entwicklung des Nichtregierungssektors und den Aufbau der Zivilgesellschaft in postkommunistischen Ländern.
- Stiftung *Help Liberia Fundacja/Help Liberia Foundation* – hilft Schulen und Krankenhäusern in Liberia seit 2003.
- Stiftung für Sozioökonomische Initiativen/*Fundacja Inicjatyw Społeczno-Ekonomicznych* – unterstützt Vereine mit zivilbürgerschaftlichem Engagement in der Ukraine.
- Stiftung Partners Polen/*Fundacja „Partners” Polska* – eine Bildungs- und Beratungsorganisation. Sie unterstützt den demokratischen Wandel und die Entwicklung gesellschaftlicher Fähigkeiten in postkommunistischen Ländern.
- Stiftung für Polnisch-Tschechisch-Slovakische Solidarität/*Fundacja Solidarności Polsko-Czesko-Słowackiej* – fördert Demokratie und unterstützt die trilateralen Beziehungen.
- Mein Afrika/*Moja Afryka* – leistet humanitäre Hilfe in Afrika.
- Internationale Helsinki-Föderation für Menschenrechte/*Helsińska Fundacja Praw Człowieka* – eine Bildungs- und Beratungsorganisation. Sie führt Projekte im Rahmen der humanitären Bildung in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, Südostasien, Lateinamerika und Mittelsüdafrika durch.
- Polnische Humanitäre Aktion/*Polska Akcja Humanitarna* – leistet humanitäre Hilfe in Afghanistan, Irak, Iran, Tschetschenien, Sri Lanka und führt Projekte zur globalen und humanitären Bildung sowie zum Fairen Handel durch.
- Solidaritätsbewegung mit Armen der Dritten Welt *MAITRI/Ruch Solidarności z Ubogimi Trzeciego Świata MAITRI* – leistet humanitäre Hilfe in Afrika.
- Verein „Solidarität mit Afrika”/*Stowarzyszenie „Solidarni z Afryką”* – leistet humanitäre Hilfe in Afrika.

Darüber hinaus hat das Außenministerium beim Außenminister den Rat für die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen gegründet, der am 16. Januar 2003 seine Tätigkeit aufnahm. Er ist ein wesentlicher Träger der gesellschaftlichen Diplomatie und versteht sich als Plattform zum Meinungsaustausch über die Ausrichtung und Prioritäten der Außenpolitik Polens. Zu den Mitgliedern des Rates gehören:

- Caritas Polen/*Caritas Polska*
- Zentrum für Internationale Beziehungen Warschau/*Centrum Stosunków Międzynarodowych*

- Stefan-Batory-Stiftung Warschau/*Fundacja m. Stefana Batorego*
- Institut für Öffentliche Angelegenheiten Warschau/*Instytut Spraw Publicznych*
- *Polish American Freedom Foundation/Polsko-Amerykańska Fundacja Wolności*
- Verein Europahaus Polen/*Polskie Stowarzyszenie „Dom Europejski”*
- Pro-Europa-Verein/*Stowarzyszenie „Pro Europa”*
- Polnisches Rotes Kreuz/*Polski Czerwony Krzyż*
- Stiftung für Entwicklung Lokaler Demokratie in Hirschberg/*Fundacja Rozwoju Demokracji Lokalnej*
- Internationale Helsinki-Föderation für Menschenrechte/*Helsińska Fundacja Praw Człowieka*.

Jedes Jahr können Nichtregierungsorganisationen Projektvorschläge im Rahmen der Ausschreibungen des Außenministeriums einreichen. 2004 konnten ihnen bei dieser Mittelvergabe über 1,5 Millionen Zloty (438.000 Euro) bewilligt werden, 2005 waren es über zehn Millionen Zloty (2,9 Millionen Euro). Die Zahl der Organisationen, dessen Projekte vom Außenministerium gefördert werden, ist von 30 in 2004 auf 48 in 2005 gewachsen. Die meisten Projekte in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium wurden durchgeführt von:

- CASE – Zentrum für Sozioökonomische Analysen/*CASE – Centrum Analiz Ekonomiczno-Społecznych*
- Stiftung Bildung für Demokratie/*Fundacja Edukacja dla Demokracji*
- Stiftung für Polnische Kreditgenossenschaften/*Fundacja na Rzecz Polskich Związków Kredytowych*
- Stiftung Partners Polen/*Fundacja Partners Polska*
- Stiftung Polnische Humanitäre Aktion *Fundacja/ Polska Akcja Humanitarna*
- Stiftung für Entwicklung Lokaler Demokratie in Hirschberg/*Fundacja Rozwoju Demokracji Lokalnej*
- *Małopolskie Towarzystwo Oświatowe*/Bildungsgesellschaft in Kleinpolen
- Verein Polnische Medizinische Mission/*Stowarzyszenie Polska Misja Medyczna*.

## ENGAGEMENT DES PARLEMENTS FÜR DIE EZ

Das Parlament entscheidet über die Höhe der zweckgebundenen Haushaltreserve, die die Grundlage für die Finanzierung der EZ bildet. Einen Ausschuss für Entwicklungshilfe oder wirtschaftliche Zusammenarbeit gibt es nicht. Im Parlament sind aber Parlamentariergruppen wie z.B die Polnisch-Afrikanische Parlamentariergruppe tätig. Auf gemeinsamen Sitzungen wird nach Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zwischen Ländern und zwischen Regionen gesucht. Die Gründung einer Parlamentariergruppe ist eine freie Entscheidung ihrer Mitglieder.

## EZ-KONZEPTION

Die polnische EZ verfolgt zwei Oberziele:

- a. die Hilfe beim Demokratieaufbau sowie bei der Entwicklung der Zivilgesellschaft und
- b. die generelle EZ und Armutsbekämpfung.

Am 21. Oktober 2003 hat die polnische Regierung die „Strategie der polnischen EZ“ beschlossen. Das war das erste Dokument, das die Ziele, Grundsätze und Ausrichtung der Prioritäten der polnischen EZ festlegte. Dort heißt es: „Das Hauptziel der polnischen EZ liegt in der Förderung der nachhaltigen Entwicklung und der Armutsbekämpfung in den Empfängerstaaten. Die Voraussetzungen der polnischen EZ stehen im Einklang mit den Millenniums-Entwicklungszielen und der Entwicklungspolitik der EU.

Die Hauptaufgaben der polnischen EZ umfassen die Unterstützung des nachhaltigen Wirtschaftswachstums, die Achtung der Menschenrechte, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, die Beachtung der Prinzipien guter Staatsführung, die Förderung globaler Sicherheit und Stabilität, die Weitergabe eigener Transformationserfahrungen, die Entwicklung des menschlichen Potenzials, die Entwicklung der öffentlichen Verwaltung und der lokalen Strukturen, Umweltschutz, ökologische Prävention, außerordentliche humanitäre Hilfe und Nahrungshilfe.“

2007 begann das Außenministerium mit der *Erarbeitung einer neuen Strategie* der polnischen Auslandshilfe. Der Anlass dazu waren die Erweiterung der Aufgaben im Bereich der Auslandshilfe über die herkömmliche Entwicklungsdimension hinaus, vor allen Dingen um *Demokratieförderungsmaßnahmen in Osteuropa*, und neue Gegebenheiten in der internationalen Entwicklung wie z.B. die engere Zusammenarbeit zwischen den EU- und OECD-Ländern im Rahmen der Hilfeprogramme und der Maßnahmen zur Effektivitätssteigerung der Hilfeleistungen.

## THEMATISCHE SCHWERPUNKTE

Bei der polnischen EZ wird auf die Beachtung folgender Prinzipien besonderen Wert gelegt:

- Verantwortung. Jedes Land trägt die Verantwortung für seine eigene Entwicklung dadurch, dass es der Aktivierung interner Entwicklungsressourcen förderliche Rahmenbedingungen schafft. Die Hilfsmaßnahmen der internationalen Gemeinschaft, darunter die von Polen, sollten ergänzenden Charakter haben. Eine besondere Verantwortung kommt dem Empfängerstaat und seiner Regierung zu, die ent-

- sprechende Strategien der nachhaltigen Entwicklung und der Armutsbekämpfung vorzulegen hat.
- Partnerschaft zwischen den Empfängerstaaten und den Hilfe leistenden Staaten unter Achtung der Unabhängigkeit, des Kulturerbes, der internationalen Solidarität und der gemeinsamen Verantwortung für die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele auf lokaler, regionaler und globaler Ebene.
  - Zusammenarbeit zwischen der polnischen Regierung und zivilgesellschaftlichen Institutionen bei der Abwicklung der Hilfeleistungen.
  - Ein umfassender Umgang mit Entwicklungsfragen unter Berücksichtigung der nachhaltigen Entwicklung, der aufeinander abgestimmten Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft und der Schonung natürlicher Ressourcen.
  - Die Ausdifferenzierung der Hilfsleistungen. Polen wird den Entwicklungs- und Transformationsländern bedarfsgerecht Hilfe leisten. Polen behält sich das Recht vor, in begründeten Fällen einzelnen Zivilgesellschaftsgruppen und Einrichtungen des Empfängerstaates direkte Hilfe zu leisten.
  - Die Transparenz der Prozeduren bei der Bewilligung der Hilfsprojekte, der Verteilung und Abrechnung staatlicher Mittel und der Effektivitätsevaluation umgesetzter Projekte.

*(Quelle: „Strategie der polnischen Entwicklungszusammenarbeit“ der polnischen Regierung vom 21. Oktober 2003)*

## ZIELE UND UMSETZUNG

Die Ziele der polnischen EZ mit Entwicklungsländern werden durch unterschiedliche Instrumente umgesetzt. Sie orientieren sich an der gewählten Strategie und dem jeweiligen Empfängerstaat. Aufgrund der Langfristigkeit der Ziele können keine genauen Angaben gemacht werden, welche davon schon als verwirklicht zu betrachten sind.

Im Rahmen der EZ konnte Polen viele verschiedenartige Projekte in Osteuropa, Asien und Afrika umsetzen. Mit Unterstützung des Außenministeriums haben 2007:

- Nichtregierungsorganisationen 145 Hilfsprojekte in 23 Ländern und 31 Bildungsprojekte in Polen mit einer Gesamtbezuschussung durch das Außenministerium in Höhe von 29.036.583,46 Zloty (acht Millionen Euro) umgesetzt.
- Einrichtungen der Regierungsverwaltung 44 Projekte in zwölf Ländern mit einer Gesamtbezuschussung durch das Außenministerium in Höhe von 14.832.748,30 Zloty (vier Millionen Euro) umgesetzt.

- lokale Gebietskörperschaften neun Projekte in zwei Ländern mit einer Gesamtbezuschussung durch das Außenministerium in Höhe von 882.359,68 Zloty (258.000 Euro) umgesetzt.
- polnische Auslandsvertretungen 131 Projekte in 32 Ländern umgesetzt mit einer Gesamtbezuschussung durch das Außenministerium in Höhe von 5.195.112,04 Zloty (1,5 Millionen Euro) umgesetzt.
- Nichtregierungsorganisationen im Rahmen des Programms der Polnisch-Kanadischen EZ 20 Projekte in elf Ländern mit einer Gesamtbezuschussung durch das Außenministerium in Höhe von 2.700.000 Zloty (788.000 Euro) umgesetzt.

## REGIONALE SCHWERPUNKTE

Die regionalen Prioritäten Polens für die EZ liegen (Stand 2006):

- Erstens, in Osteuropa: Belarus, Ukraine, Moldawien, Georgien;
- Zweitens, in Afghanistan, Irak, Angola, den palästinensischen Autonomiegebieten, Vietnam.
- Außerdem waren die Hilfsmittel für ehemalige Länder der Sowjetunion bestimmt: Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.

Bilaterale Hilfe Polens gilt auch Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Mazedonien und Serbien.

2004 wurde der *Fonds Kleiner Zuschüsse* initiiert mit dem Ziel, afrikanischen Ländern und auch anderen Ländern wie Kambodscha zu helfen. Diese Art von Hilfe wird über polnische Auslandsvertretungen und Missionare vermittelt in Ländern wie Senegal, Sierra Leone, Mali, Demokratische Republik Kongo, Kenia, Ruanda, Burundi, Sambia und Malawi.

Die regionalen Schwerpunkte sind seit 2004 unverändert geblieben.

## ANALYSE

### Chancen

- Der aufgestockte Beitrag Polens zur EZ eröffnet neue Möglichkeiten im Bereich der Hilfeleistungen für Entwicklungsländer. 2006 steuerte Polen im Rahmen des ODA-Beitrags 0,09 Prozent des BIP bei, 2005 waren es knapp 0,07 Prozent des BIP. Polens Beitrag gewinnt also im internationalen Vergleich an Bedeutung.
- Polen beteiligt sich als EU-Mitglied an Entwicklungshilfeprogrammen der EU, beispielsweise über das Instrument der EZ.

- Polen ist OECD-Mitglied. Es unterstützt auch das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP). Es ist Unterstützer oder Signaturstaat solcher Programme wie *The Paris Declaration on Aid Effectiveness* vom März 2005 oder *The European Consensus on Development* vom Dezember 2005. Dies ermöglicht eine Einflussnahme auf die Umsetzung konkreter Programme aus den Mitteln der Entwicklungsfonds.

### Herausforderungen

- Polen ist als Transformationsland selbst in einem Entwicklungs- und Aufholprozess begriffen, der die volkswirtschaftlichen Kräfte weitgehend absorbiert. Um den Durchschnitt des Lebensniveaus der alten EU-15 zu erreichen, benötigt das Land in den nächsten rund 20 Jahren weiter konsequente Reformen. Dies setzt der EZ deutliche Grenzen.
- Obwohl Polen OECD-Mitglied ist, besitzt es keine Mitgliedschaft im Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC). An den Sitzungen des Ausschusses und der Hilfsgremien genießt Polen das Recht auf Wortmeldung, es ist aber nicht in die Entscheidungsfindung eingebunden. Polen strebt durch Erfüllung der Aufnahmebedingungen die Mitgliedschaft in diesem Ausschuss an.

### Empfehlungen

- Erarbeitung einer Gesetzesvorlage durch das Außenministerium und Verabschiedung eines neuen Gesetzes über Entwicklungszusammenarbeit.
- Überprüfung der Mittelzuweisungsrichtlinien für aus den Zuschussmitteln des Außenministeriums finanzierte Projekte.
- Bessere Einbindung Polens in den entwicklungspolitischen Fachdialog.
- Verstärkte Einbindung Polens in die EZ der EU.

# RUMÄNIEN

## ZUSTÄNDIGKEITEN FÜR DIE EZ

Zuständig für die EZ ist das *Außenministerium*, welches die Entwicklungspolitik koordiniert und den Entwicklungshilfehaushalt verwaltet. Das Außenministerium als federführende Institution ist gehalten, alle anderen Ministerien in diese Tätigkeit der Ausarbeitung und Umsetzung der nationalen Strategie für EZ einzubeziehen.

Der institutionelle Rahmen im Außenministerium wurde erst kürzlich geschaffen. Begonnen wurde zunächst mit einem Büro für EZ, das der Abteilung *EU-Außenangelegenheiten* untergeordnet war. Diese Institution wurde im Mai 2006 umstrukturiert und in eine Abteilung für EZ umgewandelt, welche nun der Abteilung *Allgemeine EU-Angelegenheiten* im Außenministerium untergeordnet ist.

Die Abteilung für EZ ist zuständig für die Ausarbeitung und Umsetzung der nationalen Strategie für EZ.

## FINANZMITTEL FÜR DIE STAATLICHE EZ

Der von Rumänien als ODA 2007 gemeldete Beitrag beläuft sich auf 80 Millionen Euro. Eine Aufteilung dieser Mittel in multilaterale und bilaterale EZ ist noch nicht erfolgt. Rumänien plant in der EZ sowohl eine technische wie auch eine finanzielle Komponente.

Im Oktober 2006 verabschiedete das rumänische Parlament das Gesetz Nr. 404/2006 zur Finanzierung der EZ. Demnach sollte ab dem Jahr 2007 ein Haushaltsposten für EZ im Haushalt des Außenministeriums eingestellt werden. Gemäß der Nationalen Entwicklungshilfestrategie hätten im Jahr 2007 hierfür Mittel in Höhe von 32 Millionen Euro bereit gestellt werden müssen, die bis zum Jahr 2010 auf 35 Millionen Euro zu erhöhen sind. In dem vom Parlament im Dezember 2006 beschlossenen Haushalt für 2007 tauchte der Ansatz für EZ jedoch nicht auf.

In der ersten Haushaltsbereinigung im September 2007 wurden dann doch noch Mittel für die EZ eingestellt und insgesamt ca. fünf Millionen Euro verausgabte.

Die rumänische Entwicklungspolitik definiert sich als ODA-konform. Rumänien plant bilaterale und multilaterale Entwicklungshilfeleistungen, letztere über die UN-Organisationen, die EU, die Weltbank und andere internationale Organisationen. Die bilaterale EZ umfasst TZ und FZ. Daneben plant Rumänien trilaterale Kooperationsprojekte, beispielsweise mit anderen EU-Staaten, der EU-Kommission oder anderen internationalen Organisationen.

## DURCHFÜHRUNGS-ORGANISATIONEN DER EZ

Für die Implementierung der rumänischen EZ gibt es keine eigenständige Struktur. Zuständig ist die Abteilung Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium. In der Entwurfsphase der staatlichen EZ hat das Außenministerium eine Serie von Informationsseminaren und -konferenzen für lokale NRO organisiert, mit dem Ziel, für die Erarbeitung und Umsetzung der nationalen Entwicklungspolitik eine Partnerschaft zwischen den staatlichen Institutionen und relevanten gesellschaftlichen Organisationen zu gründen. Für die Umsetzung der entwicklungspolitischen Ziele hat das Außenministerium einen Partner aus der Zivilgesellschaft, die rumänische Plattform für Nicht-Regierungs-Entwicklungsorganisationen (NREO). Diese Plattform wurde im Oktober 2006 von 34 NRO gegründet, die sich seit 2005 aktiv an den vom Außenministerium und TRIALOG<sup>1</sup> organisierten Maßnahmen zur Bildung von lokalen EZ-Kapazitäten beteiligt hatten.

## ENGAGEMENT DES PARLAMENTS FÜR DIE EZ

Das rumänische Parlament ist nach Sicht der KAS nicht aktiv in die Entwicklungspolitik eingebunden.

## EZ-KONZEPTION

Rumänien hat seit Mai 2006 eine Nationale Strategie für Entwicklungszusammenarbeit. Diese Strategie setzt die Ziele und Grundprinzipien der rumänischen Entwicklungspolitik fest.



## THEMATISCHE SCHWERPUNKTE

Rumäniens Entwicklungspolitik teilt die Werte, Grundsätze und Ziele der Entwicklungszusammenarbeit der EU. Schwerpunkt der EZ ist die Armutsreduzierung in Entwicklungsländern, wobei Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen eingeschlossen werden. Die rumänische Entwicklungspolitik setzt angesichts der Komplexität der Armutsreduzierung bei unterschiedlichen Interventionsbereichen an, zu denen Wirtschaft, Soziales, Umwelt, Gute Regierungsführung und Sicherheit zählen.

Rumänien unterstützt die von der internationalen Gemeinschaft verfolgten Ziele zur Schaffung von Wohlstand und Entwicklung gemäß der Millenniums-Erklärung vom September 2000. Das Hauptziel der rumänischen Entwicklungspolitik ist die Verringerung der Armut im Kontext nachhaltiger Entwicklung.

## ZIELE UND UMSETZUNG

Folgende Sektoren können Gegenstand der rumänischen EZ werden:

- Gute Regierungsführung: Politische Partizipation, Reform der öffentlichen Verwaltung, Dezentralisierung und Zugang zu öffentlichen Informationen;
- Stärkung der Demokratie und des Rechtsstaats: Förderung der Menschenrechte, legislative und institutionelle Reformen;
- Wirtschaftliche Entwicklung: die Transition zur Marktwirtschaft, Privatisierung, Entwicklung des privaten Sektors, Formulierung der Währungspolitik, Management der öffentlichen Finanzen;
- Bildung und Fortbildung: Entwicklung von Lehrplänen, Ausbildung von Lehrpersonal, Reform der beruflichen und fachlichen Ausbildung, Reform des Arbeitsmarktes;
- Gesundheit: Reproduktive Gesundheit, Vorbeugung und Kontrolle ansteckender Krankheiten, Bekämpfung von HIV/AIDS, Ausbildung von medizinischem Personal;
- Entwicklung der Infrastruktur und des Umweltschutzes: Projekte für die rurale Infrastruktur, Transportinfrastrukturprojekte, Energie, Telekommunikation, Umweltpolitik.

## REGIONALE SCHWERPUNKTE

Rumänien will insbesondere in solchen Ländern aktiv werden, in denen die rumänischen Erfahrungen der Transition nutzbringend eingesetzt werden können. Daher wird Rumänien zunächst in den osteuropäischen Staaten, dem westlichen Balkan und den

Ländern des Südkaukasus tätig werden. Nach der Etablierung der rumänischen EZ ist eine Ausweitung der Empfängerländer auf Länder in Zentralasien, Afrika und Lateinamerika geplant.

Für die ersten Phase der Umsetzung der Entwicklungspolitik hat Rumänien drei prioritäre Länder ausgewählt: *Republik Moldau, Serbien und Georgien*. Dazu werden punktuelle Projekte der EZ in Irak und Afghanistan durchgeführt.

## UNTERSTÜTZUNG ALTER EU-MITGLIEDSLÄNDER

Bei der Erarbeitung der rumänischen entwicklungspolitischen Strategie wurde die rumänische Regierung vom deutschen BMZ im Rahmen eines Twinning-Projekts unterstützt.

## ANALYSE

Als Neumitglied der EU seit dem 1. Januar 2007 ist Rumänien aufgefordert, selbst entwicklungspolitische Vorhaben zu fördern. Das Land befindet sich dabei im Übergang von einem Nehmer- zu einem Geberstaat. Tatsächlich gibt es in den von der rumänischen Regierung geplanten Bereichen der EZ im eigenen Land noch erhebliche Defizite. Insbesondere in den ländlichen Gebieten Rumäniens stellen sich typische Aufgaben der Entwicklungspolitik.

Rumänien sollte daher die eigene Entwicklung mit dem Ziel eines Abbaus der unterschiedlichen Entwicklungsgeschwindigkeiten zwischen den städtischen und ländlichen Gebieten weiter betreiben. Die Verwirklichung einer eigenständigen EZ sollte demgegenüber nicht prioritär sein.

1/ *TRIALOG ist ein Projekt finanziert von CONCORD (die Europäische Konföderation für die Förderung der NRO), mit Hauptaktivität die Unterstützung der lokalen NRO aus Entwicklungsländern und neue EU Mitgliedstaaten.*

# SLOWAKEI

## ZUSTÄNDIGKEITEN FÜR DIE EZ

Die Zuständigkeit für EZ liegt im *Außenministerium*, Sektion für internationale Organisationen und Entwicklungshilfe, Abteilung für humanitäre Hilfe und EZ (*Sekcia medzinarodnych organizacii a rozvojovej pomoci/Odbor humanitarnej pomoci a rozvojovej spoluprace*).

## FINANZMITTEL FÜR DIE STAATLICHE EZ

Im Jahr 2006 betrug die Gesamtsumme der slowakischen ODA 1,638 Milliarden SKK (49,6 Millionen Euro zum Wechselkurs 18. Februar), was 0,10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes entsprach. Der direkt vom Außenministerium zugeteilte Anteil für bilaterale Projekte machte davon 160 Millionen SKK (4,84 Millionen Euro) aus und sollte laut Nationalem Programm der ODA für 2007 auf 168,7 Millionen SKK (5,11 Millionen Euro) erhöht worden sein.

## DURCHFÜHRUNGS-ORGANISATIONEN DER EZ

Das Außenministerium arbeitet mit der Plattform der Nichtregierungs-Entwicklungshilfeorganisationen (PMVRO) zusammen, die mehrere in die ODA eingebundene NRO vertritt.

Seit 1. Januar 2007 besteht unter dem Namen *Slovak Aid* eine spezialisierte Agentur, die die Entwicklungshilfe-Aktivitäten des Staates mit NRO und anderen nichtstaatlichen, z.B. unternehmerischen Subjekten koordinieren und insgesamt in ihrer Effizienz steigern soll.

## ENGAGEMENT DES PARLAMENTS FÜR DIE EZ

In spezifischen Fällen engagiert sich der auswärtige Ausschuss des Parlaments für Fragen der EZ.

## EZ-KONZEPTION

Es existiert die „Mittelfristige Konzeption zur Gewährung offizieller Entwicklungshilfe für 2003-2008“. In Vorbereitung ist die Konzeption für 2009-2013. Zu-

sätzlich wird von der Regierung für jedes Jahr ein eigenes „Nationales Programm für die offizielle Entwicklungshilfe“ (NP ODA) beschlossen.

## THEMATISCHE SCHWERPUNKTE

Die „Mittelfristige Konzeption“ für 2003-2008 definiert drei Schwerpunktbereiche, die vorerst unverändert gültig sind:

*1. Aufbau demokratischer Institutionen und eines marktwirtschaftlichen Umfeldes:* Hier geht es vor allem um die Vermittlung von den eigenen Erfahrungen im Transformationsprozess beim Aufbau einer freien Marktwirtschaft, der Veränderung von Eigentumsstrukturen in bisher nicht marktwirtschaftlich orientierten Ländern, Schaffung eines unternehmerischen Umfeldes und Reformen des öffentlichen Sektors (öffentliche Finanzen und Reform der öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Dienstleistungen).

*2. Infrastruktur (inklusive sozialer):* Als Prioritäten, in denen die Slowakei Vorbildwirkung haben kann, definiert das Außenministerium insbesondere Verkehrsinfrastruktur, Entminungsarbeiten, Kanalisierungsarbeiten und Abwasserreinigung und Trinkwasserversorgung, Abfallwirtschaft und Energieversorgung.

*3. Landschaftsgestaltung, Umweltschutz, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Rohstoffnutzung:* Hier sieht das Außenministerium slowakische Vorbildchancen etwa bei Aufforstungen, dem Aufbau von Bewässerungssystemen für die Landwirtschaft sowie geologische Forschungen.

## ZIELE UND UMSETZUNG

Statt auf große finanzielle Dimensionen der Entwicklungshilfe, die das Land überfordern würden, setzt die Slowakei in erster Linie auf Know-how-Transfer. Und das hauptsächlich in Bereichen, in denen sie selbst beispielhafte Erfahrungen gesammelt hat, also insbesondere in der Gesellschaftstransformation hin zu einer marktwirtschaftlich orientierten Demokratie. (Vgl. dazu auch Nr. 6 und 8.) Weitere Ziele sind die

Einbindung slowakischer Experten und Institutionen in internationale Aktivitäten der EZ, Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und Unterstützung der Kommunen von Auslands-slowaken in Entwicklungsländern. Laut Nationalem Programm für 2007 hat sich die regionale Konzentration auf wenige Projektländer bewährt und soll daher beibehalten werden.

## REGIONALE SCHWERPUNKTE

Die „Mittelfristige Konzeption“ für 2003-2008 definierte als prioritäres „Programm-Land“ für intensivere Kooperationen Serbien-Montenegro. Seit dieses nicht mehr als gemeinsamer Staat besteht, gelten beide Nachfolgerepubliken als „Programm-Länder“. Langfristig sollten der Konzeption entsprechend aber ohnehin „zwei bis drei“ Staaten als „Programm-Länder“ definiert werden. Als „Projektländer“ für weniger komplexe Unterstützungen definiert die Konzeption (in alphabetischer Reihenfolge) Afghanistan, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kasachstan, Kenia, Kirgisien, Mazedonien, Mongolei, Mozambique, Sudan, Tadschikistan, Usbekistan - und als bisher einzige Veränderung seit dem Jahr 2004 zusätzlich auch Kambodscha.

## ANALYSE

Durch die Schaffung eines legislativen Rahmens für die ODA und insbesondere die Schaffung einer spezialisierten Agentur (*Slovak Aid*) zur Koordination der EZ wurde 2007 ein wesentlicher organisatorischer Veränderungsschritt gesetzt, von dem sich das slowakische Außenministerium eine beträchtliche Effizienzsteigerung erwartet.

### EZ der Slowakischen Republik: Organisationsgrundlagen

Offizieller Koordinator der slowakischen EZ ist das Außenministerium. In die ODA sind aber laut diesem auch die Ministerien für Inneres, Umwelt, Landwirtschaft und Bildungswesen eingebunden. Der Grund dafür ist, dass zur ODA auch sektorale bilaterale Projekte aus den Bereichen Humanitäre Hilfe, Flüchtlingshilfe, Stipendienprogramme sowie Beiträge an internationale Entwicklungsorganisationen gezählt werden, die zum Teil auch in die Zuständigkeit dieser Ministerien fallen. Wichtigste konzeptionelle Grundlage der slowakischen EZ ist die „Mittelfristige Konzeption zur Gewährung offizieller Entwicklungshilfe für die Jahre 2003 bis 2008“, deren Nachfolgedokument noch in Arbeit ist und für die Jahre 2009 bis 2013 gelten soll. Das zusätzlich für jedes Jahr extra erstellte Dokument „Nationales Programm für die offizielle Entwicklungs-

hilfe“ (NP ODA) versteht sich als Spezifizierung und Aktualisierung der in dieser Grundlagenkonzeption enthaltenen Grundsätze und Rahmenfestlegungen.

### Quantitative ODA-Ziele des Europäischen Rats: (noch) nicht erfüllt

Die slowakische ODA bleibt laut Eingeständnis des Außenministeriums hinter dem vom Europäischen Rat vorgegebenen Ziel zurück. Laut diesem im Juni 2005 vereinbarten Ziel sollte die ODA der neuen EU-Länder bis zum Jahr 2010 eine Höhe von 0,17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreichen und bis zum Jahr 2015 auf 0,33 Prozent des BIP steigen. Im Jahr 2006 ging aber der tatsächliche ODA-Anteil sogar auf 0,103 Prozent des BIP zurück (gegenüber 0,12 Prozent im Jahr 2005). Die Daten für 2007 liegen noch nicht vor. Für den Rückgang der ODA gemessen am BIP von 2005 auf 2006 nennt das Außenministerium insbesondere drei Gründe: Den in der Slowakei weit über dem EU-Durchschnitt liegenden Anstieg des BIP als Maßstab, die Verringerung der Schulden-Abschreibungen gegenüber Sudan und Afghanistan sowie eine Stagnation der für die bilaterale Komponente der ODA eingesetzten Mittel.

Interessant für die Akzeptanz der ODA in der slowakischen Bevölkerung ist sicher, dass zwar das Außenministerium in seiner offiziellen Internet-Darstellung der slowakischen EZ die Teilnahme an Entwicklungshilfeprogrammen damit begründet, dass „die Slowakei als einer der am meisten entwickelten Staaten der Welt“ die „moralische Verpflichtung zur Gewährung von Hilfe an Entwicklungsländer“ habe, während in der Berichterstattung der meisten Medien des Landes noch eher das vermutlich in der breiten Bevölkerung stärker verankerte Bild von der Slowakei als eines armen, selbst hilfsbedürftigen und (gegenüber dem Westen Europas) rückständigen Landes vorherrscht. Typisch in Tageszeitungen ist etwa der auffallend häufige, stereotype Gebrauch der Formulierung „in entwickelten Ländern“ gerade in solchen Zusammenhängen, in denen ein Unterschied oder Gegensatz zwischen der Slowakei und einer nicht näher definierten Gruppe als überlegen verstandener Länder bezeichnet werden soll. Das gilt für ökonomische Faktoren wie die Nutzung von schnellen Internet-Verbindungen ebenso wie für politische Zusammenhänge wie etwa politische Reife oder Korruptionsbekämpfung. Eine Darstellung tatsächlich armer Staaten kommt hingegen in den Medien so gut wie gar nicht in Form solcher Vergleichsformulierungen vor, die die Slowakei selbst als „entwickeltes Land“ erkennbar machen würden.

Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass NRO, die sich mit EZ befassen, in der slowakischen Bevölkerung (noch) eine eher geringe Bekanntheit und Popularität genießen. Konsequenterweise hat die slowakische EZ im Nationalen Programm der ODA für 2007 auch als eines der wesentlichen Ziele definiert, das Bewusstsein der politischen wie auch allgemeinen Öffentlichkeit für die Notwendigkeiten der ODA und ihre Akzeptanz zu erhöhen.

#### **Institutionalisierung der ODA:**

##### **Gründung einer eigenen Agentur 2007 als grundlegende organisatorische Veränderung**

Die mit 1. Januar 2007 erfolgte Gründung der Agentur *Slovak Aid* soll wesentlich zur Effektivitätssteigerung der slowakischen ODA beitragen. Die zur Gänze aus dem Staatshaushalt finanzierte Agentur soll insbesondere die Zusammenarbeit mit der Plattform der Entwicklungszusammenarbeit NRO sowie mit der Handels- und Industriekammer und anderen wichtigen Partnern der slowakischen EZ koordinieren. Darüber hinaus ist *Slovak Aid* auch Ansprechpartner auf der Ebene der internationalen Entwicklungshilfe-Kooperationen. Sie soll vor allem die Zusammenarbeit mit der österreichischen Partneragentur ADA, der kanadischen Entwicklungshilfeagentur CIDA und multinationalen Institutionen wie UNDP, OECD und OSZE fortführen.

Die Slowakei will laut Nationalem Programm für die ODA 2007 (das Programm für 2008 ist noch nicht erstellt) ihre Entwicklungshilfe-Beiträge insgesamt erhöhen, vor allem aber im Bereich der bilateralen Hilfe. Das EU-Ziel einer Anhebung der ODA auf 0,17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis zum Jahr 2010 und auf 0,33 Prozent des BIP bis zum Jahr 2015 wird von der Slowakei laut Außenministerium sehr ernstgenommen.

# SLOWENIEN

## ZUSTÄNDIGKEITEN FÜR DIE EZ

Im Außenministerium ist dafür die Abteilung für internationale EZ und humanitäre Hilfe zuständig. Das Außenministerium ist ebenfalls, im Einklang mit dem Gesetz über internationale EZ (welches im Juni 2006 beschlossen wurde), die nationale Koordinationsstelle für internationale EZ. Dennoch sind die Mittel, welche Slowenien für Entwicklungsländer vorgesehen hat, auf die einzelnen Budgetposten im Rahmen jedes Fachministeriums aufgeteilt, welche jährlich die Höhe und die Verwendung der Mittel planen. Die Fachministerien erstatten dem Außenministerium daraufhin am Ende des Jahres Bericht über die Verwendung der Mittel.

## FINANZMITTEL FÜR DIE STAATLICHE EZ

Die Republik Slowenien ist seit 2004, als sie sich bei der Weltbank verpflichtete, weniger entwickelten Ländern technische Hilfe zu leisten, offiziell in der EZ engagiert. Die Aktivitäten Sloweniens in diesem Bereich gehen aber bis in die 1990er Jahre zurück, als ein besonderes Augenmerk auf die ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken gelegt wurde, welche unter den Folgen bewaffneter Konflikte litten.

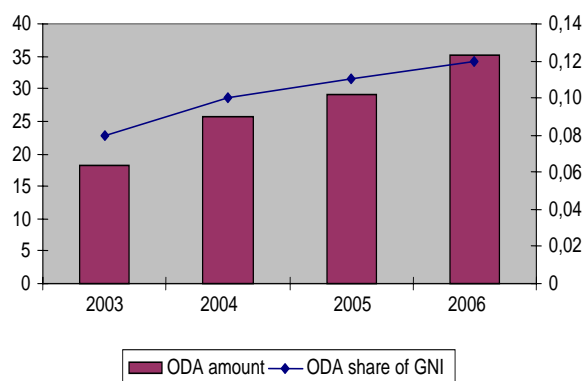
In den bisherigen Jahren hat jedes Fachministerium, im Einklang mit den internationalen Richtlinien über die Erhöhung der Anteile und der Wirksamkeit der Entwicklungshilfe, die Höhe der für EZ bestimmten Mittel beschlossen. Im Jahr 2007 hat Slowenien mit der Vorbereitung einer Strategie, wie auch einer Resolution über internationale EZ begonnen, welche jeweils eine systematische Erhöhung der Entwicklungshilfe bis 2010 bzw. 2015 vorsehen.

2006 hat Slowenien 35 Millionen Euro bzw. 0,12 Prozent des BIP für diese Zwecke eingeplant. Davon waren 31 Prozent bzw. 10,9 Millionen Euro für bilaterale Projekte bestimmt und zwar hauptsächlich für Länder des westlichen Balkan und Osteuropas.

Slowenien stellt einen Großteil seiner Mittel für staatliche EZ internationalen Organisationen und Institutionen, welche in diesem Bereich tätig sind, zur Verfügung. 2006 betrug die multilaterale Hilfe 21.068.040

Euro oder 60 Prozent aller Mittel für staatliche EZ. Slowenien stellt zwei Drittel dieses Betrages EU-Entwicklungsprogrammen zur Verfügung (als Anteil Sloweniens am EU-Haushalt) und den Rest Programmen und Agenturen der Vereinten Nationen.

*Entwicklung des nominellen Betrags und Anteils am BIP, welcher für EZ bereitgestellt wurde (in Millionen Euro bzw. in Prozent des BIP)*

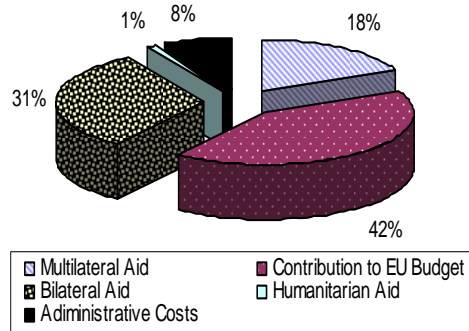


*Quelle: International Development Cooperation and Humanitarian Aid of the Republic of Slovenia in 2006; Verfasst vom Ministerium für Außenbeziehungen der Republik Slowenien*

Slowenien stellt einen Großteil seiner Mittel für staatliche EZ internationalen Organisationen und Institutionen, welche in diesem Bereich tätig sind, zur Verfügung. 2006 betrug die multilaterale Hilfe 21.068.040 Euro oder 60 Prozent aller Mittel für staatliche EZ. Slowenien stellt zwei Drittel dieses Betrages EU-Entwicklungsprogrammen zur Verfügung (als Anteil Sloweniens am EU-Haushalt) und den Rest Programmen und Agenturen der Vereinten Nationen.

Das zentrale Element der slowenischen EZ stellt bilaterale Hilfe dar, da diese zumeist Projekte betrifft, welche größtenteils von slowenischen Entwicklungseinrichtungen durchgeführt werden. 2006 hatte Slowenien 10.951.949 Euro für die Finanzierung bilateraler Projekte in ausgewählten Staaten vorgesehen. Dies entspricht in etwa einem Drittel der gesamten slowenischen Entwicklungshilfe in diesem Jahr.

Verteilung der Mittel zur Entwicklungshilfe in Prozent für das Jahr 2006



Quelle: *International Development Cooperation and Humanitarian Aid of the Republic of Slovenia in 2006*; Verfasst vom Ministerium für Außenbeziehungen der Republik Slowenien

#### DURCHFÜHRUNGS-ORGANISATIONEN DER EZ

Neben den Fachministerien führen auch folgende Organisationen Entwicklungsprojekte durch:

- „SKUPAJ“, eine Einrichtung für psychosoziale Hilfe für Kinder und die Opfer bewaffneter Konflikte.
- Die internationale Stiftung für Minenräumung und Hilfe für Minenopfer ITF
- Das Zentrum für Finanzentwicklung auf dem Gebiet öffentlicher Finanzmittel und Verwaltung
- Das Zentrum für europäische Zukunft auf dem Gebiet der Annäherung an EU-Standards

Die Regierung der Republik Slowenien hat die vier genannten Organisationen mitbegründet und finanziert einen Teil ihrer Aktivitäten.

Darüber hinaus ist auch „SLOGA“, eine Dachorganisation mehrerer Nichtregierungsorganisationen, welche auf dem Gebiet der EZ und humanitärer Hilfe engagiert sind, tätig.

#### ENGAGEMENT DES PARLAMENTS FÜR DIE EZ

Das Parlament bestätigt das Jahresbudget und hat somit einen bedeutsamen Einfluss auf die Erhöhung der Mittel, welche für EZ vorgesehen sind. Das Gesetz über EZ sieht auch den Beschluss der Resolution über internationale EZ durch das Parlament vor.

#### EZ-KONZEPTION

Die Hilfe für Entwicklungsländer wird durch das Gesetz für internationale EZ geregelt. Durch die Resolution über Entwicklungszusammenarbeit wird dieses noch ergänzt werden.

#### THEMATISCHE SCHWERPUNKTE

Inhaltlich konzentriert sich die EZ auf psychosoziale Hilfe für Kinder, Opfer bewaffneter Konflikte, Entminung und Hilfe für Minenopfer, Reformen öffentlicher Finanzen und Annäherung an den Prozess der europäischen Integration. Es wird erwartet, dass die erwähnten Inhalte auch zukünftig die Prioritäten auf diesem Gebiet verbleiben werden.

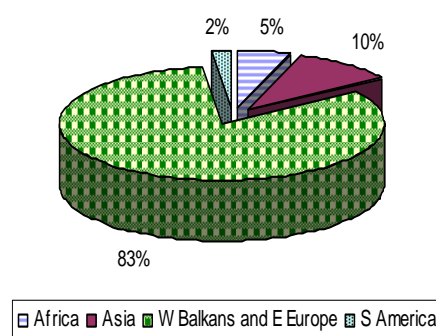
#### ZIELE UND UMSETZUNG

Im Einklang mit den internationalen Richtlinien über die Erhöhung des Anteils und die Wirksamkeit der EZ, plant Slowenien bis 2010 0,17 Prozent des BIP bzw. bis 2015 0,33 Prozent des BIP für EZ aufzuwenden. Dies entspricht in etwa 64,8 Millionen Euro 2010 bzw. 166,7 Millionen Euro 2015.

#### REGIONALE SCHWERPUNKTE

Vorrangig ist die slowenische EZ auf die Staaten des westlichen Balkan und Osteuropas, mit welchen die slowenische Regierung bilaterale Abkommen über Entwicklungszusammenarbeit und technische Hilfeleistungen getroffen hat, ausgerichtet. Diese Staaten erhielten 2006 insgesamt 9.023.470,85 Euro oder 83 Prozent der gesamten Mittel für bilaterale Hilfe. (Siehe unten). Im Einklang mit der Resolution über internationale Entwicklungszusammenarbeit werden die erwähnten Gebiete auch zukünftig im Zentrum der slowenischen Bemühungen bleiben, obwohl es auch notwendig erscheint, Afrika, als Hauptregion der EZ der Europäischen Union, mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Geografische Verteilung der bilateralen Mittel 2006 in Prozent



Quelle: *International Development Cooperation and Humanitarian Aid of the Republic of Slovenia in 2006*; Verfasst vom Ministerium für Außenbeziehungen der Republik Slowenien

## ANALYSE

Slowenien zeigt im Bereich der EZ ein besonders großes Engagement in den Regionen des westlichen Balkan. Dies ergibt sich vor allem aus der gemeinsamen Geschichte dieser Länder und der daraus resultierenden starken Verbundenheit Sloweniens mit denselben. Obwohl Slowenien mittlerweile stark in die europäische Gemeinschaft integriert ist, bestehen dennoch starke kulturelle Verbindungen zu den ehemaligen jugoslawischen Staaten. Vor allem aber im wirtschaftlichen Bereich ist Slowenien gerade durch diese Verbundenheit zu einem wichtigen und beliebten Partner in der Region geworden. So stellt das Land gegenwärtig einen der wichtigsten Wirtschaftspartner des besonders stark im öffentlichen Interesse stehenden Kosovo dar.

Ferner sind die diplomatischen Beziehungen Sloweniens zu den übrigen Nachfolgestaaten Ex-Jugoslawiens besonders ausgeprägt. Aus diesen Gründen sollte darüber nachgedacht werden, Slowenien in diesem Bereich eine größere Rolle zuzusprechen und das Land viel stärker mit der Leitung von Projekten in der Region zu betrauen, denn keiner der anderen EU Staaten ist mit der Situation am Balkan wohl so stark vertraut wie Slowenien.

## QUELLEN:

*Die Ergebnisse der Recherche basieren im Wesentlichen auf dem Internet und auf dem persönlichen Kontakt zum slowenischen Außenministerium per E-Mail. Die Kontaktperson im Ministerium war hierbei Frau Eva Pliberšek, zuständig für die entwicklungs-politische Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums.*

Die angeführten Zahlen beziehen sich zu einem Großteil auf das Jahr 2006, da für 2007 noch keine Angaben vorliegen.

# TSCHECHISCHE REPUBLIK

## ZUSTÄNDIGKEITEN FÜR DIE EZ

Die „Konzeption für das Entwicklungshilfeprogramm der Tschechischen Republik für den Zeitraum 2002-2007“ stellt das umfassende Dokument für die Organisation und den Ablauf der tschechischen Entwicklungskooperation dar.

Das oberste Koordinierungsorgan war gemäß dem „Kompetenz-Gesetz“ das *Außenministerium*. Es erfüllte diese koordinierende Rolle im Rahmen regelmäßiger interministerieller Treffen, bei denen die Vertreter der Fachministerien, die mit der Entwicklung und der Durchführung der Projekte betraut waren, zusammenkamen. Seit September 2001 war das Entwicklungszentrum des Instituts für Internationale Beziehungen in Prag das Beratungsorgan des Außenministeriums für EZ.

Die *Aufgaben des Außenministeriums* waren folgendermaßen zusammengefasst (2002-2007):

- Vorbereitung von Planungsunterlagen für die EZ,
- Vorlage jährlicher Pläne und jährlicher Evaluationen für die Regierung,
- die Zusammenarbeit mit Partnerländern, die Koordination der Aktivitäten mit internationalen Institutionen,
- statistische Berichte und die Bereitstellung von Informationen über die Entwicklungs-Zusammenarbeit in der Tschechischen Republik.

Die *Aufgaben des Entwicklungszentrums* waren folgendermaßen zusammengefasst (2002-2007):

- Beurteilung der Vorschläge für Länderstrategien, langfristige Programme und Überprüfung besonderer Projekte,
- Zusammenarbeit mit den entsprechenden Ministerien bei der Planung und Evaluierung der Projekte,
- Zusammenarbeit mit den tschechischen Durchführungsinstitutionen (Beratungsdienstleistungen),
- Zusammenarbeit mit den Durchführungsorganisationen der EZ (*Development Agencies*) anderer Geberländer.

- Organisation der entwicklungsbezogenen Ausbildung (Projektmanagement – *Project Cycle Management*),
- Koordination der entwicklungsbezogenen Forschung.

Heute ist das sogenannte *Development Cooperation Department* Teil des Außenministeriums, wo es als zentraler Koordinator der tschechischen Entwicklungshilfeprogramme fungiert. Zugleich werden Gelder aus dem Entwicklungshilfefond an zahlreiche Ministerien verteilt, die dann entsprechend ihres Portfolios (Bildung, Soziales, Infrastrukturaufbau etc.) die Implementierung des Programms übernehmen.

Das gesamte System befindet sich derzeit in einem Umbruch. Mit dem 1. Januar 2008 wurde eine sogenannte „Entwicklungsagentur“ etabliert, die bis 2011 graduell alle Aufgaben der bilateralen EZ übernehmen soll. Diese Agentur bleibt weiterhin dem Außenministerium untergeordnet. Andere Ministerien haben dann die Möglichkeit, die Entwicklungshilfeprogramme mittels eines noch aufzubauenden „Interministeriellen Rats“ zu kommentieren. Dieser Rat soll aber ausschließlich beratende Funktion haben, nicht aber direkten Zugriff auf Form und Inhalte der Programme erhalten.

## FINANZMITTEL FÜR DIE STAATLICHE EZ

2006 lagen die Ausgaben der Tschechischen Republik für ODA bei 0,12 Prozent des BNE, etwa 135 Millionen US-Dollar. Für 2007 ist in etwa eine ähnliche Zahl realistisch. Im Juni 2007 verabschiedete die Regierung eine Reduzierung der Entwicklungshilfemaßnahmen auf 0,09 Prozent BNE für 2008.

## DURCHFÜHRUNGS-ORGANISATIONEN DER EZ

Gegenwärtig sind mehr als 35 NRO innerhalb der EZ der Tschechischen Republik organisiert. Sie bilden zusammen eine nationale Plattform für Entwicklungshilfe, genannt „FoRS – Tschechisches Forum für EZ“. Darüber hinaus sind einige Unternehmen mit einem Teil ihres Budgets im Entwicklungsbereich tätig. Auch die Unternehmen haben sich in einer nationalen Platt-



form für in der Entwicklungshilfe engagierte Unternehmen zusammengeschlossen. Einige der tschechischen Universitäten zeigen ebenso Engagement im Entwicklungsbereich. Teilweise sind diese Bildungseinrichtungen zusammen mit den NRO in „FoRS“ organisiert.

#### **ENGAGEMENT DES PARLAMENTS FÜR DIE EZ**

Das Engagement des Parlaments ist nicht nennenswert. Zumeist kommen die Initiativen aus den Reihen von „FoRS“ oder dem Außenministerium.

#### **EZ-KONZEPTION**

Es liegt eine EZ-Konzeption vor. Hier werden Ziele und Strategien definiert, nach denen die EZ bis zum Zeitraum 2015 aufzubauen ist, ohne dabei aber einen speziellen Fokus auf ein bestimmtes Thema oder eine bestimmte Region zu legen. In weiterem Sinne versteht die Tschechische Regierung unter dem Begriff „Entwicklungszusammenarbeit“ die Förderung, Entwicklung und Transformation potentieller Partnerländer. Im Detail ist das mittels des Transfers von Finanzmitteln, technischer Expertise und von Material im Hinblick auf eine langfristig sinnvolle Entwicklung der Partnerländer umzusetzen. Die Konzeption weist explizit darauf hin, dass die EZ ebenso in Kooperation mit externen Partnern (z.B. NRO) realisiert werden kann (Details siehe Quelle 4).

#### **THEMATISCHE SCHWERPUNKTE**

Die Tschechische EZ hat sich nicht auf ein spezielles Ziel im Detail festgelegt. Oberziel ist die Verringerung von Armut und Hunger in unterentwickelten Regionen. Dabei hat sich die Tschechische Republik weniger auf Themen, sondern mehr auf Regionen fokussiert (s.u.). Die Tschechische Republik hat sich neben der starken Betonung der Armutsbekämpfung der Unterstützung junger Transformationsstaaten verschrieben. Als ehemaliges Mitglied des Warschauer Paktes und des sowjetischen Satellitenstaatensystems kann die Tschechische Republik auf Erfahrungen aus dem eigenen Transformationsprozess zurückgreifen. Darauf aufbauend hat die tschechische Regierung im Außenministerium eine eigene Abteilung für „Transformation Cooperation“ im Außenministerium aufgebaut, die sich ausschließlich mit Fragen der politischen und wirtschaftlichen Transformationshilfe in den jeweils betroffenen Staaten beschäftigt.

Eine bemerkenswerte Änderung der EZ-Konzeption ist seit 2001 nicht festzustellen. Damals wurde (s.o.) die Strategie für den Zeitraum 2001-2007 mit den genannten Schwerpunkten verabschiedet. Die bereits

erwähnten Reformen werden seit dem 1. Januar 2008 nun schrittweise umgesetzt, sind allerdings zumeist rein struktureller und organisatorischer, nicht aber inhaltlicher Natur.

Bis 2011 soll allerdings eine Umformulierung bzw. Neugestaltung der Regionalkonzepte vorgenommen werden. Erste Schritte in diese Richtung sind für 2008 und 2009 zu erwarten.

#### **ZIELE UND UMSETZUNG**

Das Hauptziel ist die Bekämpfung von Armut und Hunger und das Erreichen der acht „*Millennium Development Goals*“ der Vereinten Nationen. Darüber hinaus hat sich die Tschechische Republik als Ziel gesetzt, bis 2010 0,17 Prozent BNE und bis 2015 0,33 Prozent BNE für die staatliche EZ auszugeben. Die derzeitige Entwicklung spricht aber nicht für das Erreichen dieser Ziele.

#### **REGIONALE SCHWERPUNKTE**

Die Tschechische Republik folgt den Initiativen und Empfehlungen der Europäischen Union (EU), der OECD und anderer internationaler Organisationen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf umweltpolitischen Projekten und auf der Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit. Die folgende Tabelle zeigt die geographischen und sektoralen Prioritäten der tschechischen EZ für den Zeitraum 2002-2007. Bis 2011 wird diese Aufteilung weitergeführt, jedoch einer Prüfung und möglichen Ergänzung/Streichung unterzogen.

Region	Schwerpunktländer	Sektoren
Südosteuropa	Jugoslawien (mit Kosovo)	Good Governance, Flüchtlinge, Infrastruktur (Energie und Transport), Umweltschutz, regionale Zusammenarbeit
Staaten der früheren UDSSR	Usbekistan, Ukraine, Kasachstan	Umweltschutz, Transport, Flüchtlinge, nukleare Sicherheit
Naher und Mittlerer Osten	Libanon, Palästina, Jemen	Umweltschutz (Sicherung der Wasserversorgung, Schutz der Artenvielfalt), Infrastruktur (Energie und Transport)
Süd-, Südost- und Ostasien	Vietnam, Mongolei, Afghanistan	Infrastruktur (Energie und Transport), Umweltschutz (Sicherung der Wasserversorgung und Geologie), Good Governance, Landwirtschaft
Afrika, Südliche Sahara	Namibia, Angola, Mali, Burkina Faso, Äthiopien	Landwirtschaft (ländliche Entwicklung), Bildung, medizinische Versorgung (HIV/AIDS), Umweltschutz (Sicherung der Wasserversorgung und Geologie)
Lateinamerika	Nicaragua, El Salvador, Bolivien	Vorbeugung vor Naturkatastrophen (Geologie und Wälder), Bildung

## UNTERSTÜTZUNG ALTER EU-MITGLIEDSLÄNDER

Viele der alten EU-Mitgliedsländer unterstützen die Tschechische Republik aktiv in der EZ. Diese Hilfe reicht von beratender Tätigkeit (z.B. über die Möglichkeiten einer Reform der Organisation und Struktur der EZ in der Tschechischen Republik) bis zu Kooperationen mit den jeweiligen Behörden.

Darüber hinaus gibt es einen intensiven Austausch der Visegrad-Staaten im Entwicklungshilfebereich.

Nachdem die tschechische EZ über NRO und entsprechende Plattformen umgesetzt wird, ist die Zusammenarbeit zwischen tschechischen und ausländischen NRO ein Pfeiler der Integration der Tschechischen Republik in europäische Strukturen der EZ. Das Interesse von NRO der alten Mitgliedstaaten an der Kooperation mit entsprechenden Organisationen in den neuen Mitgliedsländern hat sich graduell verstärkt. Auch auf der Grundlage der erweiterten Finanzierungsmöglichkeiten, die im Nichtregierungs-Bereich abrufbar sind, haben sich zahlreiche gemeinsame Projekte entwickelt. Als wichtiges Element der fortschreitenden Zusammenarbeit ist die Netzwerkfunktion (z.B. durch CONCORD) der europäischen Institutionen zu sehen: NRO aus den neuen Beitrittsländern können hier auf Erfahrungen aus den alten EU-Staaten zurückgreifen und ggf. neue Partner finden. Die Tschechische Republik arbeitet hier v.a. mit Organisationen aus Deutschland und Österreich zusammen.

Von deutscher Seite sind als aktivste Partner v.a. die *Deutsche Welthungerhilfe*, *VENRO* und die *InWEnt GmbH* (ASA Programm) zu nennen. Darüber hinaus bieten Akteure wie die Konrad-Adenauer-Stiftung und

die anderen deutschen politischen Stiftungen Beratung und Kontakthilfe an. Auch die Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer, das Deutsch-tschechische Informations- und Dokumentationszentrum zur regionalen Zusammenarbeit und der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds fördern in ähnlicher Weise die Integration in europäische Strukturen.

## ANALYSE

### Umfang und Schwerpunkte der EZ

Die für 2010 und 2015 gesetzten Ziele des Anteils der Entwicklungshilfe am BNE von 0,17 bzw. 0,33 Prozent sind angesichts der oben beschriebenen Situation kaum mehr erreichbar. Angesichts dieser Entwicklung und des begrenzten Umfang des Budgets sollte die tschechische Regierung eine klare Priorität für bilaterale EZ mit bestimmten Ländern/Regionen entwickeln, um eine entsprechende Wirksamkeitstransparenz zu erhalten.

Hierfür braucht es eine inhaltliche Neuausrichtung, die entsprechende Ausschlusskriterien ansetzt, um in der Vielzahl der Problemregionen eine für die Tschechische Republik entsprechende Schwerpunkte zu filtern, auf deren Basis eine sinnvolle und vorhersehbare Entwicklungspolitik geplant werden kann.

Im Gegensatz zu den nach wie vor jährlich verabschiedeten Fonds für EZ sollte die Tschechische Regierung mit Rücksicht auf die Vorhersehbarkeit und Kontinuität der eigenen Maßnahmen in Betracht ziehen, in Zukunft Mehrjahres-Finanzpakete zu verabschieden, die entgegen dem jetzigen Trend dem eigentlichen Ziel der Annäherung an 0,17 bzw. 0,33 Prozent BNE näherkommen.

### Institutionelle Strukturen der EZ

Zwar ist das Außenministerium derzeit nominell federführend im Bereich der EZ, doch sorgt die Aufspaltung der finanziellen Zuwendungen auf neun Ministerien nicht für eine vollständige Transparenz der Maßnahmen, sondern führt vielmehr zu Kompetenzgerangel und Reibungsverlusten. Hierbei Mängel und Fehlentwicklungen auszumerzen ist nur schwerlich möglich.

In dieser Hinsicht ist die angestrebte Reform, alle Kompetenzen der Planung und Implementierung in der bereits genannten Entwicklungsagentur innerhalb des Außenministeriums zu vereinen, ein Schritt in die richtige Richtung. Um jedoch die Stellung der Agentur innerhalb des Ministeriums zu stärken und, um entsprechende Ressourcen, Know-How und Personal zu sichern, sollte die Agentur in eine eigene Abteilung innerhalb des Ministeriums umgegliedert werden und von einem Direktor geführt werden, der direkt dem Außenminister unterstellt ist. Dadurch wäre nicht nur die intra- und interministerielle Position der Thematik EZ gestärkt, sondern auch die Kommunikation auf internationaler Ebene entsprechend unterstützt, indem näherer Kontakt zu anderen Förderinstitutionen aus anderen Staaten gesucht werden könnte. Auch wäre der Status gegenüber dem diplomatischen Corps geklärt. Über die diplomatischen Vertretungen könnte ein institutionell fest unter dem Minister verankertes Direktorium für Entwicklungszusammenarbeit um einiges direkter und gestärkter mit den gesetzten Schwerpunktthemen und -regionen in Kontakt treten.

Eine weitere Stütze einer effektiveren Entwicklungshilfepolitik könnte die verstärkte Zusammenarbeit mit dem Privatsektor, z.B. über Private-Public-Partnerships, darstellen. Demgegenüber sollte die Tschechische Republik von der gängigen Praxis Abstand nehmen, EZ vor dem Hintergrund erhoffter Handelsgewinne in der jeweiligen Region voranzutreiben.

### Effektivität der EZ in der Praxis

Bisher mangelt es in der tschechischen EZ an Transparenz von Output- und Impact-Dimension. Zudem fehlt es an gemeinsamer Analyse der geleisteten EZ mit anderen Staaten, die in der jeweiligen Region tätig sind. Eine „Evaluationsmentalität“ muss in dieser Hinsicht in der Tschechischen Republik erst entwickelt werden. Dafür müsste die Regierung angesichts der geplanten und bereits angelaufenen Reform des Systems der EZ massiv eintreten, damit die Effektivität und Transparenz der international geleisteten EZ in Zukunft gewährleistet ist.

### QUELLEN

1. *Interview mit Blanka Medkova, People in Need, o.p.s., Relief and Development Department, Development Awareness Project Manager*
2. <http://www.mzv.cz/wwwo/mzv/default.asp?ido=7592&idj=2&amb=1&ikony=True&trid=3&prsl=False&pocc1=>
3. [http://www.oecd.org/country/0,3377,en\\_33873108\\_33873293\\_1\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/country/0,3377,en_33873108_33873293_1_1_1_1_1,00.html)
4. [http://www.rozvojevostredisko.cz/oda\\_en.php](http://www.rozvojevostredisko.cz/oda_en.php)

# UNGARN

## ZUSTÄNDIGKEITEN FÜR DIE EZ

Es gibt im ungarischen *Außenministerium* die sogenannte Wirtschafts- und Wissenschafts-Diplomatische Hauptabteilung für Internationale EZ (ung.: *Nemzetközi Fejlesztési Együttműködési, Gazdaság-és Tudománydiplomáciai Főosztály*, Abkürzung: NEFE-GTF) unter der Leitung und Aufsicht des Fachstaatssekretärs.

Diese Hauptabteilung besteht aus drei Abteilungen:

- Internationale Abteilung für bilaterale Entwicklungszusammenarbeit,
- Abteilung für EU- und Multilaterale Entwicklungsangelegenheiten,
- Wirtschaftliche und wissenschaftsdiplomatische Abteilung.

Kontakt: 1027 Budapest, Nagy Imre tér 4

Telefon: 458-3460

Fax: 458-1127

E-Mail: titkarsag.nfe@kum.hu

## FINANZMITTEL FÜR DIE STAATLICHE EZ

Finanziell gewichtete Beiträge des Landes:

2005 hat Ungarn 0,07 Prozent (53 Millionen Euro) als multilateralen Beitrag und 0,04 Prozent (3,4 Millionen Euro) als bilateralen Beitrag geleistet.

2006 sahen die geleisteten Beiträge folgendermaßen aus: 0,06 Prozent (53 Millionen Euro) multilateral und 0,07 Prozent (63 Millionen Euro) bilateral.

## DURCHFÜHRUNGS-ORGANISATIONEN DER EZ

Es wird seitens der Regierung darauf hingewiesen, dass es öffentliche Stiftungen gibt, die mit ungarischer Unterstützung auch jenseits der unmittelbaren Landesgrenzen (in Serbien und vor allem in der Ukraine) EZ leisten. Namentlich werden diese Stiftungen aber nicht benannt. Andere Durchführungsorganisationen, die regierungsunabhängig arbeiten, wurden ebenfalls nicht benannt.

## ENGAGEMENT DES PARLAMENTS FÜR DIE EZ

Die bisherige, fünfjährige Erfahrung der NEFE zeigt nach Einschätzung der Regierung, dass es im ungarischen Parlament wie auch im Europaparlament Abgeordnete gebe, die sich für die EZ sehr engagierten. Es gebe dabei ein Interesse, am Programm zur Senkung der Armut mitzuwirken und globale Verantwortung zu tragen. Dies sollten auch die Besuche ungarischer Politiker in den Entwicklungsländern unterstützen (z.B. in Afghanistan, im Tsunami-Gebiet von Indonesien, usw.). Außerdem wird darauf verwiesen, dass man sich an die Entwicklungspolitik der EU angeschlossen habe.

## EZ-KONZEPTION

Die EZ-Konzeption Ungarns stammt aus dem Jahr 2001. Es sind seit geraumer Zeit Vorbereitungen im Gange, auch ein EZ-Gesetz zu schaffen.

## THEMATISCHE SCHWERPUNKTE

Thematische Schwerpunkte der EZ sind an folgenden Ressorts orientiert: Politische „*sharing experience*“, ökonomische und soziale Transformation, Wissens-Transfer, „*knowledge-based assistance*“, Bildungs- und Fachtrainings, Ökologische Landwirtschafts- und Lebensmittelproduktion, Gesundheits-Dienst, Umweltschutz, Wasser-Management, Ressourcen-Entwicklung und Infrastrukturentwicklung.

## ZIELE UND UMSETZUNG

Wesentliche Zielsetzungen der ungarischen EZ sind: Senkung von Armut und Bekämpfung jeglicher Herausforderung, welche durch Geldmangel und „*fragile states*“ auftreten.

Die ungarische EZ sieht für sich folgende komparative Vorteile: Die zentrale Lage Ungarns in der OME-Region erleichtere und stärke gleichzeitig die von Ungarn wahrzunehmende Rolle. Die enge kulturelle bzw. geschichtliche Verbindung mit den Nachbarn und die gemeinsamen Erfahrungen wirkten sich für Ungarn vorteilhaft in der regionalen EZ aus.

Als positives Ergebnis der ungarischen EZ wird auch gewichtet, dass Studenten aus Asien, Afrika und aus dem Mittleren Osten in großer Zahl an den ungarischen Universitäten studieren, bzw. an Studienprogrammen teilnehmen können.

## REGIONALE SCHWERPUNKTE

Regionale Schwerpunkte der Tätigkeit des Landes bilden vor allem der West-Balkan (Serbien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina – diese sind strategische Partner für Ungarn, außerdem Mazedonien), und Ost-Europa (Moldawien, Ukraine). Hinzu kommen Partner in Asien (Vietnam als strategischer Partner, sowie Afghanistan, Irak, Mongolei, Kirgisien und die Palästinensische Autonomiebehörde). Für die Zukunft ist beabsichtigt, mehr Gewicht auf Afrika und Asien (Äthiopien, Jemen, Kambodscha, Laos) zu legen (auch als EDF-Einzahler). Zugleich ist für 2008 vorgesehen, die Anzahl der Partnerländer einzuschränken.

## ANALYSE

### Entwicklungspolitische Zusammenarbeit Ungarns

Man kann feststellen, dass es in Ungarn letztlich keine ernsthaft betriebene, systematische, auf Langfristigkeit angelegte Politik der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit gibt. Vereinzelte Aktivitäten und Ideen sind innerhalb der Regierung – trotz der Zusammenführung im Außenamt – in unterschiedliche Ressorts und Zuständigkeitsbereiche verstreut.

Koordinierung, so ist bei Kennern dieser Aktivitäten zu hören, findet nicht oder nur notdürftig statt. Die Tätigkeit der NEFE, des Amtes für Internationale Entwicklungskooperation, beruht auf Verpflichtungen, die Ungarn international, speziell mit der UNO, sowie auf Ebene der EU und der OECD eingegangen ist.

Von denen, die im Land Interesse an entwicklungspolitischer Zusammenarbeit haben und dies auch als Verpflichtung eines europäischen Staates verstehen, wird der Regierung unterstellt, dass sie kein wirkliches Interesse an der Entwicklungspolitik habe. Diese werde daher eher als nachrangige Frage oder Aufgabe behandelt, zumal die Regierung darin auch keine wesentlichen wirtschaftlichen Vorteile für sich selbst bzw. das Land erkenne. Und propagandistisch nutzen lasse sich die Hilfe zur Entwicklung anderer Länder angesichts der desolaten Lage im eigenen Land auch nicht.

In diesem Zusammenhang muss auch bedacht werden, dass das ungarische Realeinkommen im Vergleich

zum Vorjahr um mindestens sechs Prozent gesunken ist. Von den zehn Staaten, die am 1. Mai 2004 zur Europäischen Union hinzugekommen sind, haben neun ein starkes wirtschaftliches Wachstum. Ungarn kann das als einziges der neuen EU-Mitgliedsländer nicht vermelden. Das Wachstum liegt bei einem Prozent. Da kämen namhafte Beträge für die Entwicklungshilfe im Staatshaushalt wahrlich nicht gut an.

Die Regierung Viktor Orbáns, *Fidesz*, (Ministerpräsident von 1998 bis 2002) erstellte 2001 das ungarische Konzept zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Der Regierungswechsel 2002, durch den die Sozialisten an die Macht kamen, brachte tiefgreifende Veränderungen in den Regierungsstrukturen mit sich. So betraute der damals neue Ministerpräsident Medgyessy, *MSZP*, in einer Verordnung den Außenminister mit der Koordinierung und Ausführung des Entwicklungshilfekonzeptes auf Regierungsebene. Bis heute ist allerdings die Abstimmung derartiger Aktivitäten einer der Schwachpunkte der ungarischen EZ.

Nach den Parlamentswahlen 2006 wurde unter dem neuen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány, *MSZP*, auch die innere Struktur des Außenamtes verändert. Im Zuge der internen Umstrukturierung wurde der Aufgabenbereich der Sektion für humanitäre Hilfe und das Amt für Internationale Entwicklungskooperationen (NEFE) um die Wirtschafts- und Wissenschaftsdiplomatie erweitert. Die NEFE wurde am 1. September 2006 in „Sektion für Internationale Entwicklungshilfe, Wirtschafts- und Wissenschaftsdiplomatie“ umbenannt.

### EZ ohne besonderes Gewicht

In der Ende 2007 von der Regierung verabschiedeten außenpolitischen Strategie widmet sich nur ein einziger Satz dem Thema EZ:

„Ungarn wirkt vor allem im multilateralen Rahmen dahingehend, dass

- die demokratische Entwicklung unterstützt wird,
- die ungarische EZ und Gebertätigkeit gestärkt wird, um die Armut zu lindern, und um
- ungarische Unternehmen und ihre Kooperationen zu unterstützen.“

Sodann zeigt auch die Liste der strategischen Partner Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Vietnam und – ferner der Partner Äthiopien, Jemen, Kambodscha, Kirgisien, Laos, Mazedonien, Moldawien, Mongolei, Palästinensische Behörde und Ukraine –, dass es offenbar drei Faktoren sind, die die Schritte der EZ

Ungarn bestimmen. Zum einen sind es persönliche internationale Kontakte, die teils noch aus „alter Zeit“ herrühren. Zum andern scheint die Regierung mit der Entwicklungspolitik am Westbalkan die in diesem Feld fehlende aktive Außenpolitik ersetzen zu wollen. Und zum Dritten zählt auch das eigene wirtschaftliche Interesse.

Die tatsächliche Entwicklungshilfe der Jahre 2006 und 2007 war im Wesentlichen von der Sparpolitik zur Rückführung der staatlichen Verschuldung bestimmt. Die ODA, *Official Development Assistance*, erreichte wohl 0,11 Prozent des Bruttonationaleinkommens (GNI). Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, dass Ungarns Zahlungen zu einem bestimmten Teil als ODA zu verrechnen sind. Diese Summe betrug 2006 etwa zwölf Milliarden Forint, das sind rund 47 Millionen Euro.

Bislang spielt in der bilateralen EZ Ungarns der Schuldenerlass (oder Schuldennachlass) eine bestimmende Rolle. Wie im Falle der entsprechenden ungarisch-irakischen Vereinbarung des Jahres 2006. Die Schulden des Irak gegenüber Ungarn betragen rund 230 Millionen USD. Im Sinne der Vereinbarung mit dem Klub von Paris wurden 60 Prozent der Schulden erlassen. Die vorliegende Verpflichtung war nach internationaler Gepflogenheit ein Regierungskredit, so dass die erlassenen Zinsen in Höhe von rund 67 Millionen USD als ODA zu rechnen sind.

Langsam gehen diese für die positive Darstellung der Entwicklungshilfeaktivitäten hilfreichen Kredite, die zum Teil noch aus der kommunistischen Ära stammen und befreundeten Staaten überlassen wurden, aus. Ferner ist durchaus zu hinterfragen, ob diese Verfahren die ansonsten üblichen Kriterien der EZ tatsächlich erfüllen.

Der größte Einzelposten der ungarischen EZ 2007 und 2008 betraf die Unterstützung der nicht-militärischen Entwicklungshilfeprojekte der afghanischen regionalen Wiederaufbaugruppe PRT im Umfang von 500 Millionen Forint, was etwa 2 Millionen Euro ausmacht.

Auch in anderen europäischen Ländern wird EZ durchaus im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Interessen der jeweiligen Staaten gesehen. Dem sind in Ungarn aufgrund des Nichtvorhandenseins entsprechender ungarischer Unternehmen von Gewicht zusätzliche Grenzen gesetzt.

### Perspektiven

Es ist nicht erkennbar, dass sich gegenwärtig etwas an der Haltung der ungarischen Regierung bei ihrer Einschätzung der Bedeutung der EZ ändern könnte. Trotz internationaler Vorgaben fehlt es an wirklicher Einsatzbereitschaft im Bereich der Entwicklungspolitik, was u.a. durch die großen eigenen Probleme im Land zu erklären ist. Mit EZ ließe sich in Ungarn heute tatsächlich kein Beitrag zum Gewinn einer Wahl oder zur Profilierung der schwer angeschlagenen Regierung leisten. Dabei wird freilich übersehen, dass EZ nicht ausschließlich mit staatlichen Mitteln zu tun hat, die das Land in seiner gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Tat nicht hat.

Vielleicht sind die Aktivitäten Ungarns in Afghanistan, wo eine Schule eingerichtet wurde, ein Ansatzpunkt, verstärkt in der EZ tätig zu werden.

# ANNEX

## 1. KAS-AUSLANDBÜROS IN DEN NEUEN EU-MITGLIEDSTAATEN

	<b>KAS-Büros</b> <a href="http://www.kas.de/wf/de/71.4785/">http://www.kas.de/wf/de/71.4785/</a>	<b>Auslandsmitarbeiter</b>
<b>Estland</b>	<b>Verbindungsbüro Estland</b> Konrad Adenaueri Fond Wismari 8-8 10136 Tallinn Estland / Esti  Tel. +372 6 27 67 00 Fax +372 6 27 67 03 tallinn@adenauer.ee	Andreas M. Klein
<b>Lettland</b>	<b>Auslandsbüro Lettland</b> Konrad-Adenauer-Stiftung Alberta iela 13 Riga, LV 1010 Lettland / Latvia  Tel. +371 7 039 325 Fax +371 7 039 327 Riga@Adenauer.lv	Andreas M. Klein
<b>Litauen</b>	<b>Verbindungsbüro Litauen</b> Konrad Adenauer Stiftung Saviciaus g. 11-6 / Augustijonu g. 1-6 LT-01127 Vilnius Litauen  Tel. +370 52 69 11 78 Fax +370 52 69 11 79 vilnius@adenauer.lt	Andreas M. Klein
<b>Bulgarien</b>	<b>Auslandsbüro Bulgarien</b> Konrad Adenauer Stiftung 19 Yanko Sakasov Boulv. 4th floor, Ap. 11 BG-1504 Sofia Bulgarien  Tel. +359 2 943 43 88 Fax +359 2 943 34 59 kas.sofia@mb.bia-bg.com	Dr. Andreas von Below
<b>Polen</b>	<b>Auslandsbüro Polen</b> Fundacja Konrada Adenauera w Polsce Dyrektor Stephan Raabe ul. J. Dabrowskiego 56 PL-02-561 Warschau Polska  Tel. +48 22 845 93 30 Fax +48 22 848 54 37 kas@kas.pl	Stephan Raabe

	<b>KAS-Büros</b> <a href="http://www.kas.de/wf/de/71.4785/">http://www.kas.de/wf/de/71.4785/</a>	<b>Auslandsmitarbeiter</b>
<b>Rumänien</b>	<b>Auslandsbüro Rumänien</b> Konrad-Adenauer-Stiftung Str. Plantelor nr. 50, Sektor 2 RO-023971 București România  Tel. +40 21 323 31 27 Fax +40 21 326 04 07 office@kas.ro	Dr. Holger Dix
<b>Slowakei</b>	<b>Verbindungsbüro Slowakei</b> Konrad-Adenauer-Stiftung Verbindungsbüro Bratislava Zelená 8 SK-811 01 Bratislava 1 Slowakei  Tel. +421 2 5441 9438 Fax +421 2 5441 9441 kasslovak@nextra.sk	Dr. Hubert Gehring
<b>Slowenien</b>	Kein KAS-Büro vor Ort Ansprechpartner:  <b>Auslandsbüro Kroatien</b> Konrad-Adenauer-Stiftung Frana Petrica 7 HR-10000 Zagreb Kroatien  Tel. +385 1 488 26 50 Fax +385 1 488 26 56 elma.kas@inet.hr	Dr. Christian Schmitz
<b>Tschechische Republik</b>	<b>Auslandsbüro Tschechische Republik</b> Konrad-Adenauer-Stiftung Uruguayská 17 120 00 Prag 2 Tschechische Republik  Tel. +420 222 320 190/1; 222 523 516 Fax +420 222 320 198 kasprag@kasprag.cz	Dr. Hubert Gehring
<b>Ungarn</b>	<b>Auslandsbüro Ungarn</b> Konrad-Adenauer-Stiftung Batthyány u. 49. H-1015 Budapest Ungarn  Tel. +36 1 487 50 10 Fax +36 1 487 50 11 adenauer@adenauer.hu	Hans Kaiser



## 2. FRAGEBOGEN

**LAND:**

**NAME DES AM:**

1.	Gibt es eine eigene Abteilung für Entwicklungszusammenarbeit (EZ) im Außenministerium? Oder ist die Zuständigkeit für die EZ auf mehrere Ministerien aufgesplittert?
2.	Leistet das Land staatliche (öffentliche) EZ und wie viel Finanzmittel stellt es für die staatliche EZ (ODA) und bilateral zur Verfügung?
3.	Verfügt das Land über eigene Durchführungsorganisationen, Nichtregierungsorganisationen (NRO), NRO-Plattformen und/oder Stiftungen, die sich der EZ widmen?
4.	Gibt es ein Engagement seitens des Parlaments für EZ?
5.	Gibt es in Ihrem Land eine EZ-Konzeption?
6.	Welche thematischen Schwerpunkte hat die EZ-Konzeption des Landes? Wie haben sie sich in den letzten Jahren verändert?
7.	Welche Ziele wurden formuliert? Welche Ziele wurden bisher erreicht?
8.	Welche regionalen Schwerpunkte hat die EZ-Konzeption des Landes? Wie haben sie sich in den letzten Jahren verändert?
9.	Welche alten EU-Mitgliedsländer unterstützen die Einbindung des Landes in die EZ der EU? Welche deutschen Organisationen sind darunter?
10.	Analyse: Chancen, Herausforderungen und Empfehlungen